

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 164 (1986)

**Artikel:** Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : I. Band  
**Autor:** Haeberli, Wilfried  
**Kapitel:** 1.: Das Jahrzehnt der Zersplitterung, 1875-1885  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006771>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# 1. Teil

## Die gemässigte Phase der sozialdemokratischen Bewegung, 1875–1900

### 1. Kapitel: Das Jahrzehnt der Zersplitterung, 1875–1885

#### a) Wirtschaftliche Voraussetzungen<sup>1)</sup>

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte sich in West- und Mitteleuropa der *industrielle Kapitalismus* endgültig durchgesetzt. In Basel fand diese Entwicklung in dreifacher Form ihren Niederschlag: im raschen Anwachsen der Arbeiterbevölkerung, in der beschleunigten Mechanisierung und in der Veränderung des Stadtbilds.

Nachdem sich das *Bevölkerungswachstum* der Stadt (ohne Landgemeinden) in den sechziger Jahren etwas verlangsamt hatte (von ca 38 000 Einwohnern im Jahre 1860 auf über 44 000 im Jahre 1870), stieg die Bevölkerung bis 1880 (über 60 000) bzw. 1888 (knapp 70 000) sprunghaft an, nicht zuletzt weil der Bau der Rheinbrücken viele Arbeiter nach Basel zog. Am stärksten vermehrte sich die Zahl der Ausländer; 1888 standen 30% Kantonsbürgern und 36% übrigen Schweizern 34% Ausländer gegenüber, wobei die Deutschen, vor allem die Badenser, weit überwogen. Das zweitgrösste Kontingent stellten die Franzosen, erst in weitem Abstand folgten die Italiener.

Zuwanderung und Industrialisierung veränderten die *Bevölkerungsstruktur*. Von je 100 berufstätigen Personen waren 1870 ca 58%, 1880 ca 60% im industriellen Sektor tätig, davon knapp zwei Fünftel Ausländer. Die erste wissenschaftliche Statistik, von Prof. Kinkelin für das Jahr 1870 verfasst, stellte fest, dass 52,6% der Bevölkerung im Stadtbann von der Industrie lebten. Zugemessen hatte vor allem das weibliche Personal in den Bandfabriken; einen starken Zuwachs verzeichneten auch die Färberreien und die chemische Industrie.

Sowohl im lokalen wie im nationalen Bereich vermochte die Textilindustrie auch nach 1870 ihre führende Stellung zu behaupten.

1870 lebten immer noch über 10 000 von den 44 000 Einwohnern Basels von der Seidenbandindustrie. Neben 28 Band- und Stofffabriken wurden 5 Florettspinnereien, 6 Seidenspinnereien, 5 Appreturen und 10 Färbereien gezählt. Die Arbeitsplätze der *Seidenbranche* in der Stadt (7298 in Fabriken und 1359 als Heimarbeiter) wurden, ausser von Einwohnern, zusätzlich von 1755 Pendlern aus den Nachbarorten besetzt. Die städtische Zentrale der Bandfabrikation beschäftigte in der Nordwestschweiz und im Grossherzogtum Baden zur selben Zeit nicht weniger als 2887 Fabrik- und 10 443 Heimarbeiter.

Natürlich wurde auch die Seidenindustrie von der *Mechanisierung* erfasst, wobei oft Absatzkrisen zur Konzentrierung und Rationalisierung zwangen. 1880 arbeiteten bereits 2000 Stühle mit Dampfkraft als Ersatz für Wasserkraft. Da sie leistungsfähiger waren, nahm die Gesamtzahl der in den Fabriken und in der Hausindustrie für Rechnung von Basler Firmen benutzten Webstühle allmählich ab.

Die Herstellung von Florettseide oder *Schappe* aus Rohseidenabfällen und nicht haspelbaren Cocons reichte in Basel bis in die Zeit der Gegenreformation zurück. Sie wurde nach längerer Unterbrechung 1820 auf mechanischem Weg weiterentwickelt. Von 21 Schappebetrieben, die 1870 in der Schweiz gezählt wurden, befanden sich 5 mit rund 1000 Arbeitskräften in Basel und im benachbarten Birstal.

In der Basler Industriegeschichte bildet die *Färberei* das Bindeglied zwischen der vorherrschenden Seidenindustrie und der im Aufstieg begriffenen chemischen Industrie. Erst im 19. Jahrhundert vom Zunfthandwerk zur Fabrikindustrie übergegangen, zog sie aus dem Aufschwung der Seidenbandindustrie Nutzen, der eine ständig wachsende Nachfrage nach Farbstoffen mit sich brachte. 1877 zählte man 12 Färbereibetriebe und 4 Bandappreturen in der Stadt. Um der Nachfrage qualitativ zu genügen, sparten zwei Unternehmen, Alexander Clavel (aus dem später die CIBA hervorging) und J.R. Geigy-Merian, nicht mit Geldmitteln, die in die Forschung investiert wurden. Die daraus entwickelten synthetischen Farbstoffe legten den Grundstein zur *chemischen* Industrie Basels. Sie fand ihre ersten Abnehmer in der Seidenband- und Färbereiindustrie der Stadt, eroberte sich aber in kurzer Zeit auch den internationalen Markt.

Wenig später fasste in der Schweiz ein ganz neuer Industriezweig Fuss: die *Elektrotechnik*. Basel nahm dabei neben Genf eine Pionierstellung ein.

Zu keiner Zeit spielte die Mode eine so grosse Rolle wie in der *Belle Epoque*, den Jahren des Victorian Age, des Second Empire und der Troisième République. Die Ära der grossen Modewarenhäuser begann in Frankreich unter dem Zweiten Kaiserreich, in der Schweiz in den achtziger Jahren. Die Basler Bandindustrie mit ihren Luxusprodukten hat nicht wenig dazu beigetragen. Den Preis dafür zahlte die immer noch weitgehend dem Elend ausgelieferte Arbeiterschaft; aber auch das Erscheinungsbild der Stadt – der Qualm der Fabrikschlote und die Mietskasernen in Kleinbasel – war weit von der mondänen Atmosphäre der Pariser Salons entfernt.

Neben der Mode, die die Welt der westlichen haute bourgeoisie und des Basler Proletariats verklammerte, wurde immer stärker der lang- und mittelfristige *Konjunkturverlauf* der Weltwirtschaft entscheidend. Zunächst war es allerdings ein politisches Ereignis, das der akuten Krise der späten sechziger Jahre ein Ende setzte: der deutsch-französische Krieg von 1870/71. Eine überhitzte Konjunktur setzte ein, und der Seidenbandexport stieg gewaltig, seit Basels Konkurrentin Saint Etienne vom Krieg so schwer betroffen wurde. Mit dem Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise von 1873, die bis 1880 dauerte, begann auch für Basels Hauptindustrie eine Stockung, die sich im Verlauf der nächsten Jahre noch verstärkte und auch die Schappeindustrie

betraf, die seit 1865 eine Hochkonjunktur erlebt hatte. Es zeigte sich, dass die Seidenbandfabrikation ihren Höhepunkt überschritten hatte und mit dem krisenbedingten Rückschlag bereits in ihren *strukturellen Niedergang* geraten war. Ein ebenso düsteres Bild ergibt sich in den frühen achtziger Jahren. Um die Mitte des Jahrzehnts steigerte sich die mehrjährige Depression zur vollen Krise mit starker Arbeitslosigkeit. Sie führte zu einer Neugründung der bereits 1848 auftauchenden, zur Zeit der Ersten Internationale reaktivierten, aber im Verlauf der siebziger Jahre aufgelösten *Posamenterverorganisation*, die innerhalb eines Jahres schlagartig von 9 auf 800 Mitglieder anwuchs. Die von ihr ausgelöste Ausstandsbewegung hatte trotz der später erhobenen Forderung des Zehnstudententages im wesentlichen den Charakter eines *Defensivstreiks*, wurde sie doch im März 1885 durch Lohnreduktionen in der Bandfabrik Vischer ausgelöst. Die Unternehmerschaft bediente sich des bewährten Grundsatzes des «divide et impera»: Freiwilligen Lohnerhöhungen stand die Entlassung der durch die junge sozialdemokratische Partei gestützten, dem Posamenterverein angehörenden Streikführer gegenüber. Wie schon 1848 und 1868/69 erwies sich, wie schwierig es war, die Posamenterschaft zu solidarischem Verhalten auch in prekärer Lage zu bringen, bildeten doch der grosse Anteil von ungelernten, weiblichen und jugendlichen Arbeitern und die immer noch starke Verbreitung der Hausindustrie denkbar schlechte Voraussetzungen für eine erfolgreiche Organisation und Kampfführung.

#### b) Neue organisatorische Ansätze auf nationaler Grundlage<sup>2)</sup>

Die Gründer des Arbeiterbundes hatten die Möglichkeit, eine politische Landesorganisation zu schaffen, insofern offen gehalten, als sie hofften, den Grütliverein zum Beitritt zu bewegen und ihm die Aufgabe eines politischen Flügels zuzuweisen. Der negative Ausgang der Urabstimmung im Grütliverein vom Oktober 1873 liess diesen Plan fürs erste scheitern.

Am Winterthurer Kongress von 1874 wurde der Gedanke einer landespolitischen Organisation neu aufgenommen. Die Basler Sektionen wurden beauftragt, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten. Als sie es 1877 dem Neuenburger Kongress vorlegten, fand es keine Gnade. Der Kongress stimmte zwar der Gründung einer Sozialdemokratischen Partei grundsätzlich zu, übertrug aber die weiteren Vorarbeiten einer Berner Kommission. Diese beschränkte sich auf die Ausarbeitung einer Minimallösung, eines sogenannten Allianzvertrages zwischen Arbeiterbund und Grütliverein, der die bisherige de-facto-Zusammenarbeit institutionalisieren sollte. Bedingung dafür war, dass beide Partner das ebenfalls in Bern ausgearbeitete sozialdemokratische Programm als verbindlich anerkannten. Die Grütlorianer Delegiertenversammlung vom Juni 1878 nahm zwar das sozialdemokratische Programm an, verwarf aber den Allianzvertrag sehr deutlich.

Zwei Jahre nach diesem Misserfolg kam es aber doch zu der immer wieder versuchten *Parteigründung*. Seit 1878 befand sich der Arbeiterbund in einem Zerbröcke-

lungsprozess; die Auflösung erfolgte 1880 in der Stadt der Gründung. Jetzt wurde der bisherigen Zwitterhaftigkeit entschlossen ein Ende gesetzt. An Stelle des «Alten Arbeiterbundes» entstanden im selben Jahr 1880 in Olten der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit Genf als Vorort und in Zürich die (zweite) Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Die beiden Organisationen waren grundsätzlich von einander unabhängig. Verbindend wirkte die die «Tagwacht» ersetzen «Arbeiterstimme», die zum offiziellen Organ beider Vereinigungen erhoben wurde.

Im Gegensatz zu 1870 stützte sich die Partei ausschliesslich auf Einzelmitglieder. Voraussetzung der Parteizugehörigkeit war die Anerkennung der Parteigrundsätze und die Erwerbung einer persönlichen Mitgliedskarte. Der jährliche Beitrag von einem Franken wurde durch Einkleben von Quittungsmarken bestätigt. Die Anhänger wurden aufgefordert, sich zu lokalen Mitgliedschaften zusammenzuschliessen. Der Parteikongress, der nur aufgrund einer Urabstimmung einberufen werden durfte, wählte einen Vorort, dieser konstituierte das siebenköpfige Parteikomitee. Zürich wurde als Vorort bestimmt.

Die zweite SPS war ebensowenig wie die erste in der Lage, gesamtschweizerisch in Erscheinung zu treten. Erst die dritte Gründung – jene von 1888 – erwies sich als dauerhaft und wirkungsvoll.

Hatte man 1880 für richtig gehalten, die Schweizerische Arbeiterbewegung in einen gewerkschaftlichen und einen politischen Flügel aufzuteilen, so änderte sich diese Meinung rasch, als man erkannte, dass es auf diese Weise nicht vorwärts ging, umso mehr als die beiden Neugründungen nur einen Bruchteil der schweizerischen Arbeiterschaft zu erfassen vermochten. Die Tendenz zur Einheitsbewegung verstärkte sich wieder.

Im September 1883 verbanden sich im Zürcher Arbeiterkongress die schweizerischen Arbeiterorganisationen zu einer Föderation. Ihr gehörten der Grütliverein, die SPS, die deutschen sozialdemokratischen Mitgliedschaften, die deutschen Arbeitervereine und der Schweizerische Gewerkschaftsbund an. Ihre äussere Form fand die neu geschaffene Organisation in einem *Aktionskomitee*, worin alle Einzelverbände vertreten waren. Der Entscheid über den Beitritt zur neuen Einheitsorganisation lag jedoch bei den lokalen Sektionen der angeschlossenen Verbände.

### c) Die Basler Arbeitervereine im ersten Jahrzehnt nach der kantonalen Verfassungsreform (1875–1885)

1876 zählte Basel vier nichtgewerkschaftliche Arbeitervereine: den Deutschen Arbeiterverein, den Grütliverein, den kaum je an die Öffentlichkeit tretenden Schweizerischen Arbeiterverein und den aus der Fusion des IAV mit dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein entstandenen Sozialdemokratischen Verein. Ein Teil dieser Vereine war im wesentlich gewerkschaftlich ausgerichteten (ersten) Arbeiterbund Basel zusammengeschlossen.

In den achtziger Jahren stiessen dazu noch die 1880 gegründete sozialdemokratische Mitgliedschaft der SPS, die Deutsche sozialdemokratische Mitgliedschaft (1880) und der Freisinnige Arbeiterverein (1885). Zu Beginn des Jahres 1883 nahm der Sozialdemokratische Verein den Namen Allgemeiner Arbeiterverein an; im Sommer 1884 fusionierte er mit der bisherigen sozialdemokratischen Mitgliedschaft zur Sektion Basel der SPS.

Mit Ausnahme des Deutschen Arbeitervereins und des Grütlivereins handelte es sich bei diesen politischen Arbeitervereinen weiterhin um *Zwergorganisationen*, die nur einen kaum ins Gewicht fallenden Bruchteil der Basler Arbeiterschaft umfassten. So ist es kaum verwunderlich, dass auf dieser schmalen Organisationsbasis zunächst keine kraftvolle Arbeiterbewegung entstehen konnte. Das Jahrzehnt nach der kantonalen Verfassungsreform von 1875 stellt für die Sozialdemokratie eine *Zeit der Zersplitterung* und der Schwäche dar. Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lage waren eine bedeutende Führerpersönlichkeit und ein eigenes Arbeiterpresseorgan. Es sollte bis zum Jahr 1886 dauern, bis beide erfüllt waren.

#### *d) Der Sozialdemokratische Verein (1876–1883)*

Über den Sozialdemokratischen Verein sind wir nur lückenhaft unterrichtet.<sup>3)</sup> Er zählte zu seinen besten Zeiten 20 Mitglieder, an den Sitzungen waren durchschnittlich 8 Personen anwesend. Den Ton gaben jene Mitglieder an, die schon in den letzten Jahren des IAV die grösste Aktivität entwickelt hatten: Martin Schweizer, der Amsler als «Tagwacht»-Korrespondent abgelöst hatte, J.M. Senn, Gottfried Baumann und Jakob Blind. Da sie alle im Arbeiterbund Basel führende Funktionen zu übernehmen hatten, erhielten die Vereinssitzungen oft de facto den Charakter von Vorstandssitzungen des Kartellverbands.

Dieser Umstand brachte es mit sich, dass zunächst praktische Organisations- und Agitationsfragen im Vordergrund standen und dass die Spannungen innerhalb des Arbeiterbunds Basel auch in das Vereinsleben hineingetragen wurden. Auf dieselbe Ursache war es auch zurückzuführen, dass der Verein sich entgegen seiner grundsätzlich politischen Zielsetzung weitgehend mit *gewerkschaftlichen Fragen* zu befassen hatte.

Ein wesentlich anderes Bild bietet das Vereinsleben zu Beginn der achtziger Jahre.<sup>4)</sup> Zwar hat sich am Zwergcharakter des Vereins und an seiner *engen Verbindung mit dem Arbeiterbund Basel* nichts geändert; dagegen zeichnet sich nun bei einem Teil der Mitglieder eine deutliche anarchistische Tendenz ab.

Die Basler Arbeiterschaft hatte mit dem *Anarchismus* erstmals während des IV. Internationalen Kongresses Bekanntschaft gemacht. Es war aber dessen berühmtestem Vertreter und Hauptideologen, Michael Bakunin, nicht gelungen, unter den Basler Internationalen Proselyten zu machen. Im Sozialdemokratischen Verein regte ein zufällig anwesender italienischer Gast im Sommer 1876 eine Auseinandersetzung

mit der Ideenwelt der Fédération Jurassienne an. Man nahm die Anregung auf; die Diskussion führte aber zu einer eindeutigen Distanzierung vom jurassischen Anarchismus und zu einem einhelligen Bekenntnis zur Politik des Schweizerischen Arbeiterbundes.<sup>5)</sup>

Ausgangspunkt der anarchistischen Agitation innerhalb des Sozialdemokratischen Vereins scheint der aus Schaffhausen gebürtige Schreiner J.J. Pfau gewesen zu sein, der im Dezember 1876 in den Verein aufgenommen wurde. Seit 1879 besorgte er den Vertrieb der Wochenschrift «Die Freiheit», die in London gedruckt wurde und zur illegalen Verbreitung im Deutschland des Sozialistengesetzes bestimmt war. Ihr Mitbegründer und Redaktor Johann Most (1846–1907), ehemaliger Reichstagsabgeordneter, war 1880 aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen worden. Seither redigierte er «Die Freiheit» als anarchistisches Organ.<sup>6)</sup>

Die Vereinsprotokolle lassen vermuten, dass zu Beginn der achtziger Jahre drei Tendenzen innerhalb des Vereins nebeneinander bestanden und um den überwiegenden Einfluss rangen: die anarchistische, die marxistische und eine gemässigte, spezifisch schweizerische Form des demokratischen Sozialismus. Anarchistisches Gedankengut wurde nachgewiesenermassen nur von vier, allerdings sehr tätigen Mitgliedern vertreten: von Pfau Vater und Sohn, Blind und dem Ausländer Ondra. Die marxistische Ideenwelt fand ihren beredten Verkünder in Franz Seubert, der seit seiner spätestens 1878 erfolgten Rückkehr nach Basel als Mitglied des Deutschen Arbeitervereins nicht selten als Gast im Sozialdemokratischen Verein auftrat. Den mehr auf praktische Massnahmen der Sozialreform gerichteten «schweizerischen» Flügel stellten vornehmlich Gottfried Baumann und die Brüder Fritschi dar. Es erscheint für die damalige ideologische Unsicherheit des Vereinskurses symptomatisch, dass über Fragen schweizerischer Sozialpolitik in einem Lokal verhandelt wurde, dessen Wände mit den Portraits der führenden deutschen Sozialisten Bebel und Liebknecht geschmückt waren, die vom Anarchisten Pfau eingerahmt worden waren.<sup>7)</sup> Diese ideologische Unentschiedenheit mochte auch der Grund dafür sein, dass der Verein sich nicht zu einer klaren Stellungnahme gegenüber dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der SPS durchzuringen vermochte.

Den Anstrengungen der vier anarchistischen Mitglieder scheint es im Frühling 1881 doch gelungen zu sein, dem Verein ihr Gepräge aufzudrücken. Es ist wohl der Ahnungslosigkeit der meisten schweizerischen Mitglieder zuzuschreiben, dass der Verein sich am Londoner Kongress der anarchistischen Internationale durch den radikalsten Anarchistenführer deutscher Zunge, den österreichischen Pamphletisten und engen Mitarbeiter Mosts, Josef Peukert (1855–1910), vertreten liess.<sup>8)</sup>

Indessen war 1880 eine baslerische Mitgliedschaft der neugegründeten SPS entstanden. Ihr schlossen sich eine Anzahl Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins an, ohne aus diesem auszutreten, darunter auch Jakob Blind – offensichtlich in der Absicht, auch sie ins anarchistische Fahrwasser zu bringen. So wurde eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Vereinen, dem radikal-internationalen und dem ge-

mässigt-schweizerischen, unumgänglich. Geplänkel an öffentlichen Arbeiterversammlungen leiteten sie ein.<sup>9)</sup> Blinds Fanatismus brachte dabei den Sozialdemokratischen Verein in der organisierten Arbeiterschaft dermassen in Misskredit, dass die grosse Mehrheit seiner Mitglieder im Januar 1883 beschloss, den Verein *umzubenennen*.<sup>10)</sup> Unter dem Namen «Allgemeiner Arbeiterverein» hat er allerdings den völligen Untergang nicht mehr lange zu verhindern vermocht. Die überspielten Anarchisten versuchten die Entwicklung rückgängig zu machen.<sup>11)</sup> Offenbar ausschliesslich zum Zwecke, sie zu bekämpfen, trat der Marxist Karl Moor im Februar dem «Allgemeinen Arbeiterverein» bei. Unter seinem Vorsitz schloss der Arbeiterbund Basel Blind und Pfau Vater aus dem Dachverband aus.

Nach der Liquidierung der anarchistischen Elemente hatte die Zweispurigkeit der sozialdemokratischen Bewegung in Basel ihren Sinn verloren. Es entsprach der Logik der Verhältnisse, dass im April die Verschmelzung aller drei sozialdemokratischen Organisationen Basel ins Auge gefasst wurde: der deutschen und der schweizerischen Mitgliedschaft und des Allgemeinen Arbeitervereins.<sup>12)</sup> Wahrscheinlich noch im Jahre 1883 muss die *Fusion* erfolgt sein, wobei die Haltung der deutschen Mitgliedschaft undurchsichtig blieb. Das revolutionäre Erbstück, das der Allgemeine Arbeiterverein der Sektion Basel der SPS vermachte, wies auf die Anfänge der Basler Arbeiterbewegung zurück: Es war die *rote internationale Fahne*, um die sich 1868 über 3000 Basler Arbeiter geschart hatten. Damit war das Ziel gesteckt, das der Partei aufgegeben war: Es galt, aus einer zwerghaften Elitegruppe eine Massenorganisation zu entwickeln.

#### e) Die Mitgliedschaft Basel der SPS (1880–1885)

Der Sozialdemokratische Verein war 1876 aus der Fusion eines internationalen und eines betont schweizerischen Arbeitervereins entstanden, doch hatten sich seine Mitglieder, wie das Mitführen der roten Fahne bei Demonstrationszügen bewies, mehrheitlich noch als Internationale empfunden.

Eine ausgeprägt schweizerische, auf dem Boden der Sozialdemokratie stehende politische Arbeiterorganisation entstand erst wieder zu Beginn der achtziger Jahre, und zwar im Anschluss an den Liquidationskongress des Schweizerischen Arbeiterbundes in Olten vom November 1880. Die Initiative ging von einigen schweizerischen Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins aus. Der Verein konstituierte sich am 19. Dezember 1880 mit 27 Mitgliedern.<sup>13)</sup>

Da die Protokollbücher erst 1884 einsetzen, sind wir über die ersten Jahre der *Basler Parteisektion der SPS* im Ungewissen. Fest steht, dass sie eng mit der fast gleichzeitig entstandenen deutschen Mitgliedschaft zusammenarbeitete.<sup>14)</sup> Als *Paraderedner* der beiden sozialdemokratischen Vereine tritt mehrmals der nun in Winterthur domizierte *Seubert* auf, zweifellos der beste Kopf der Basler Arbeiterbewegung vor Eugen Wullschleger. Ein Mitgliederverzeichnis von 1882 erweist, dass der Verein

fast ausschliesslich aus *Fabrikarbeitern*, meist Posamentern, und Handwerksgesellen bestand, die meisten von ihnen Niedergelassene.<sup>15)</sup> Unter den Mitgliedern «der ersten Stunde» befanden sich mit Baumann und Blind zwei ehemalige Internationale, mit dem zum Schuhmachermeister aufgestiegenen Sturzenegger ein Gründungsmitglied des Sozialdemokratischen Arbeitervereins.

Die weitaus bedeutendste Gestalt unter den Mitgliedern der Basler Parteisektion ist aber zweifellos der einzige Intellektuelle, der später berühmt gewordene *Karl Moor*. Zahlreiche Legenden haben sich um sein bis heute erst fragmentarisch bekanntes Leben gebildet.<sup>16)</sup>

Am 11. Dezember 1852 als unehelicher Sohn des späteren Juristen Ernst Stoecklin und der Aargauerin Maria Anna Moor in Fribourg geboren, hatte Karl Vital Moor seine frühe Jugend in Aarau bei einer Grossmutter verbracht. Nach der Heirat seiner aus ärmlichsten Verhältnissen stammenden Mutter mit Theodor Freiherr Buirette von Oehlefeldt, der in österreichischen Diensten bis zum Obersten aufgestiegen war, verbrachte der junge Moor weitere Jugend- und Schuljahre in Graz, Wien und Nürnberg zusammen mit seiner Mutter und seinem Stiefvater. In Nürnberg wurde er kurz vor dem Abitur wegen Widerspenstigkeit aus dem Gymnasium ausgeschlossen, an einer andern Schule aber doch zur Prüfung zugelassen. Nach Studien an den philosophischen Fakultäten in Erlangen, Halle und Leipzig immatrikulierte er sich im Wintersemester 1874/75 in Bern, diesmal an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Schon früh mit Führern der deutschen Arbeiterbewegung in Kontakt gekommen, muss Karl Moor um jene Zeit mit seiner indessen verwitweten Mutter und seiner adeligen Verwandtschaft gebrochen und ein ziemlich zigeunerhaftes Leben geführt haben, alle Möglichkeiten einer bürgerlichen Laufbahn beiseiteschiebend, zu der ihm durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen der Weg geöffnet gewesen wäre. Triebhaft veranlagt, bei überdurchschnittlicher Intelligenz ohne Festigkeit des Charakters, dürfte Moor, dem die Namensgleichheit mit dem berühmten Schillerschen Dramenhelden nicht unlieb sein mochte, in scharfen Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft geraten sein und sich in der Rolle des Revolutionärs gefallen haben, wozu ihn vor allem seine dunkle Herkunft, die er ein Leben lang zu vertuschen suchte, gedrängt haben mag. Dank der umfassenden Bildung, die von den alten Sprachen über Philosophie, Geschichte und Jurisprudenz bis zu den Staatswissenschaften reichte, der rhetorischen Fähigkeiten und der Gabe, andere für sich einzunehmen, gelang es ihm in Bern rasch, in der Arbeiter-Union und im Berner Bundeskomitee des Schweizerischen Arbeiterbundes eine führende Stellung einzunehmen. Gruner bezeichnet Moor unter allen schweizerischen Arbeiterführern der Frühzeit als den konsequenteren Marxisten und neben Otto Lang als den eigentlichen Vater des schweizerischen Marxismus. 1878 kehrte Moor nach Nürnberg zurück und söhnte sich – wohl seiner ewigen Geldnöte wegen – mit seiner Mutter aus. Er bezog erneut die Universität Erlangen, gelangte aber nicht zu einem akademischen Abschluss, sondern wurde 1881 wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit aus Bayern ausgewiesen.

Im Sommer 1881 tauchte Moor in Basel auf, wo er nun ziemlich genau fünf Jahre blieb.<sup>17)</sup> Im Oktober dieses Jahres trat er als Stationsgehilfe im Bahnhof Basel in den Dienst der Schweizerischen Centralbahn und wurde damit als fast Dreissigjähriger erstmals Empfänger eines festen Gehalts. Daneben scheint er – als Auskultant – seine juristischen Studien an der Universität Basel fortgesetzt und durch nationalökonomische und staatswissenschaftliche ergänzt zu haben. 1883 wurde der zwar des Hungerns, nicht aber des Rechnens Gewohnte zum Falliten erklärt, im folgenden Jahr aber wieder in seine Rechte eingesetzt.<sup>18)</sup> Im Frühjahr 1884 «wegen mangelhaften Leistungen und undisziplinarischem Benehmen» von der Bahnhofinspektion entlassen<sup>19)</sup>, schlug er sich fürs erste wohl mit journalistischer Gelegenheitsarbeit durch. Eine Reihe von Vaterschaftsklagen und ein früh verstorbener, auf den Namen des Kommunarden Varlin getaufter unehelicher Sohn zeugen, wie der ständige Wohnungswechsel, von seinem unsteten Charakter.<sup>20)</sup> Eine ihm zusagende Tätigkeit fand Moor erst 1885 als Berufsjournalist. Die dank ihrem Redaktor Dr. Brüstlein hohes Niveau aufweisende, dem Juste Milieu nahestehende «Grenzpost» hatte sich bisher kaum mit der Arbeiterbewegung befasst.<sup>21)</sup> Da sich um die Mitte der achtziger Jahre wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Radikalisierung der Arbeiterschaft durch die deutsche und die schweizerische Mitgliedschaft die sozialen Spannungen verschärften, muss es Brüstlein für zeitgemäß empfunden haben, darüber ausführlicher zu berichten. So berief er Moor im März 1885 als nichtzeichnenden *redaktionellen Mitarbeiter* an sein Blatt.<sup>22)</sup> Bald darauf übernahm dieser den Lokalteil der Zeitung, den er quantitativ und sozialpolitisch ausbaute. Die «vierte Seite» der «Grenzpost» mit ausführlichen Berichten Moors über die lokale Arbeiterbewegung erlangte in Arbeitgeberkreisen bald Berühmtheit. Nicht ganz zu Unrecht warf man der Redaktion Schizophrenie vor: Auf den ersten drei Seiten wurde der in Inhalt und Ton grossbürgerlich-gediegene Habitus beibehalten, im Bereich Moors wurde in kräftigen Worten eben dieser Bourgeoisie der Prozess gemacht. Bereits im Spätherbst wurden die «proletarischen» Artikel seltener, gegen Ende des Jahres hörten sie ganz auf. Am 5. Dezember 1885 wurde der Junggeselle Moor wegen Sittlichkeitsdelikts an einer Minderjährigen, der Tochter seines Logisgebers, vom Basler Strafgericht zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.<sup>23)</sup> Damit war einer weiteren öffentlichen Tätigkeit Moors in Basel der Riegel geschoben. Nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt Mitte 1886 blieb Moor unter der Berufsangabe «Redaktor» bis zu seiner angeblichen Abreise nach Zürich im September 1888 in Basel domiziliert. Vieles spricht dafür, dass er seinen Basler Wohnsitz nur formell beibehielt, tatsächlich aber nach Deutschland zurückkehrte und als sozialistischer Agitator im Untergrund tätig war. Erst 1889 findet sich wieder eine feste Spur: Karl Moor taucht zum zweiten Mal in Bern auf, wo er eine langjährige, zugleich erfolgreiche und unheilvolle Tätigkeit als Redaktor und Arbeiterführer aufnimmt. In der Kriegs- und Nachkriegszeit wird er seine abenteuerliche Karriere mit dem Versuch beenden, im Zusammenhang mit dem aufkommenden Kommunismus in die Weltpolitik einzugreifen.

Über die Aktivität Moors in der *sozialdemokratischen Mitgliedschaft* sind wir wegen des Fehlens von Sitzungsprotokollen grösstenteils auf Vermutungen angewiesen. So dürfte er als *überzeugter Marxist* von Anfang an den Kampf gegen die kleine anarchistische Zelle aufgenommen haben. Seine persönliche Bekanntschaft mit zahlreichen deutschen Parteigrössen machte ihn zum *Hauptvermittler erstklassiger Referenten* für die deutsche und die schweizerische Parteisektion. Durch seine Stellung als Bahnbeamter und seine Bekanntschaft mit den freisinnigen Parteigrössen Wilhelm Klein und Ständerat Göttisheim wurde Moor sozusagen politisch salonfähig.<sup>24)</sup> Seine spätere Anstellung als Redaktor der «Grenzpost» beweist, dass er in «Bourgeois-Kreisen», wie er sich auszudrücken beliebte, persona grata war und dass er – verglichen mit seiner früheren und späteren Berner Zeit – reformistisches Wasser in seinen revolutionären Wein zu giessen verstand, wenn ihm dies geboten schien. Seine marxistische Gesinnung scheint er aber auch in dieser gemässigtsten Phase seines Lebens nie verleugnet zu haben.

Nach der Fusion mit dem Allgemeinen Arbeiterverein befasste sich die sich nun *Sektion Basel der SPS* nennende Mitgliedschaft längere Zeit mit der Gründung eines lokalen Parteiorgans und gelangte zu diesem Zweck an sämtliche Arbeitervereine der Stadt. Die Hoffnungen zerschlugen sich schliesslich an der Finanzierungsfrage.<sup>25)</sup>

Überhaupt entfaltete die Sektion in den Jahren 1884/85, die wegen der steigenden Arbeitslosigkeit eine starke Gärung in der Arbeiterschaft zur Folge hatten, eine ausserordentliche Aktivität, wobei ihr die organisatorische Erfahrung Moors eine grosse Hilfe war.<sup>26)</sup> Es kam einem ersten Erfolg des jungen Vereins gleich, dass der Grosse Rat auf seine Petition für unentgeltliche Beerdigung einging und damit die Arbeiterschaft von einer grossen Sorge befreite. Im Winter 1885/86 trat plötzlich ein völliger Stillstand ein – zweifellos eine Folge von Moors unfreiwilligem Rückzug aus dem öffentlichen Leben.

Bei der im April 1886 endlich zustandegekommenen Neuorganisation der Basler Arbeiterbewegung war die Sektion Basel der SPS zwar beteiligt; der entscheidende Beitrag ging aber nicht von ihr aus. Dass nicht der radikale Sozialist Moor, sondern der sich erst auf dem Weg zum Sozialismus befindende Eugen Wullsleger an der Wiege der modernen Basler Arbeiterbewegung stand, hat dieser auf Jahre hinaus die Richtung gewiesen. Das Strafgerichtsurteil vom 5. Dezember 1885 hat für die parteipolitischen Verhältnisse Basels vielleicht grössere Auswirkungen gehabt als für den davon direkt Betroffenen.

*f) Der Deutsche Arbeiterverein (1875–1885)  
und die Deutsche sozialdemokratische Mitgliedschaft (1880–1885)*<sup>27)</sup>

Seit Mitte der siebziger Jahre stand der Deutsche Arbeiterverein Basel, wie sich der bisherige Bildungsverein um diese Zeit symptomatisch umbenannte, eindeutig *im sozialistischen Lager*.

Mit 100 Mitgliedern neben dem Grütliverein die grösste Arbeiterorganisation der Stadt, blieb er dem Schweizerischen Arbeiterbund bis zu dessen Auflösung treu<sup>28)</sup>, bewies seine Solidarität gegenüber der deutschen und der schweizerischen Arbeiterbewegung aber auch durch namhafte Beiträge bei Arbeitseinstellungen und anlässlich der Reichstagswahlen. Durch Vorträge und Diskussionsstunden wurde versucht, die Mitglieder zu klassenbewussten Kämpfern für den Sozialismus zu erziehen. Da auch Schweizer dem Verein angehören konnten, dürften nicht wenige von ihnen in der Frühzeit der Arbeiterbewegung hier ihre sozialistische Schulung erhalten haben, wie dies Friedrich Schneider auch noch für die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg nachweist.

Vor eine neue und gewaltige Aufgabe wurden die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz durch das *Sozialistengesetz Bismarcks im Jahre 1878* gestellt. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands wurden aufgelöst, die gesamte Arbeiterpresse wurde unterdrückt und die sozialistische Literatur verboten. Eine grosse Zahl der Arbeiterführer flüchtete, um der Verfolgung und Einkerkerung zu entgehen, in die Schweiz und trat hier den Deutschen Arbeitervereinen bei.

Der Deutsche Arbeiterverein Basel, der in diesen entscheidenden Jahren Franz Seubert, den spiritus rector des IAV im Jahre 1871, unter seinen Mitgliedern hatte, erhöhte im Dezember 1878 den Mitgliederbeitrag sehr beträchtlich, um die deutschen Genossen stärker als bisher unterstützen zu können. Beim ersten deutschen Sozialistenkongress unter dem Ausnahmegesetz, der im August 1880 auf dem Schloss Wyden in der Schweiz stattfand, war der Basler Verein durch den Schreinergesellen Bruno Gutsmann vertreten, der sich eben erst in Basel niedergelassen hatte. Es wurde beschlossen, eine Organisation der deutschen Sozialisten im Ausland ins Leben zu rufen. Gleichzeitig mit dem letzten Kongress des Schweizerischen Arbeiterbundes tagte im November 1880 in Olten die Delegiertenversammlung der deutschen Sozialisten in der Schweiz. Die Schaffung einer Exil-Parteiorganisation wurde endgültig beschlossen.

Aufgrund der Oltener Beschlüsse wurde noch Ende 1880 eine deutsche sozialdemokratische Mitgliedschaft in Basel ins Leben gerufen. Sie rekrutierte sich zum grössten Teil aus Mitgliedern des Deutschen Arbeitervereins und verhielt sich zu diesem ähnlich wie in den dreissiger Jahren die Sektion des «Jungen Deutschland» zum damaligen Deutschen Arbeiterbildungsverein, stellte sie doch eine Elite-Truppe von Männern dar, die zu jedem Opfer für die Bewegung bereit waren.

Der Basler Sektion kam, entsprechend der Lage der Stadt, für die Propaganda in Deutschland eine besondere Bedeutung zu: Sie war für die *Einschmuggelung verbotener Schriften nach Deutschland* verantwortlich. Der Deutsche Arbeiterverein hatte offiziell mit dieser gefährlichen und vielgestaltigen Tätigkeit nichts zu tun. Einige pikante Einzelheiten dieses riskanten Unternehmens, das die daran Beteiligten nicht selten für längere Zeit hinter deutsche Gefängnismauern brachte, berichtet Verena Conzett in ihren Memoiren.<sup>29)</sup> Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, dass

der Austritt des Deutschen Arbeitervereins aus dem Arbeiterbund Basel im Juli 1881 mit dieser illegalen Tätigkeit in Zusammenhang steht, die zweifellos nicht von allen schweizerischen Angehörigen des Bundes gutgeheissen wurde.

Nach dem erneuten Wegzug Seuberts tritt seit 1880 in beiden Organisationen immer deutlicher *Bruno Gutsmann* in den Vordergrund.<sup>30)</sup> Im Revolutionsjahr 1848 in Schlesien als Sohn eines Strassenaufsehers geboren, hatte er eine Schreinerlehre absolviert und sich dabei schon als Jüngling in Breslau der Arbeiterbewegung angeschlossen. Auf der Wanderschaft war er erstmals mit der Ideenwelt Lassalles in Berührung gekommen. Wegen illegaler Tätigkeit verfolgt, war er in die Schweiz geflüchtet und in Zürich sogleich der Schreinergewerkschaft, der internationalen Sektion und dem Arbeiterverein Eintracht beigetreten. Greulich bezeugte Jahrzehnte später seine Ehrfurcht vor den Kenntnissen des damals knapp einundzwanzigjährigen Autodidakten, dessen literarische Bildung weit über jene eines durchschnittlichen Handwerksgesellen hinausreichte. Das Abenteurerblut, das ihn in seiner Jugend ebenso sehr auszeichnete wie der Erkenntnisdrang, führte ihn 1870 für kurze Zeit Garibaldi zu, doch kehrte er bald in die Schweiz zurück. In Genf schloss er sich der internationalen Bewegung an, wobei ihm J.Ph. Becker als Lehrmeister für seine zukünftige organisatorische Tätigkeit diente. 1873 tritt er als Präsident der Genfer Kommission zur Vorbereitung des ersten schweizerischen Arbeiterkongresses auf, wird dann – als Vierundzwanzigjähriger – Vorsitzender des Oltener Kongresses und erster Präsident des Bundeskomitees des Schweizerischen Arbeiterbunds. Während der späteren siebziger Jahre scheint sich Gutsmann zuerst in Winterthur, dann in Bern niedergelassen zu haben. In diese Zeit fällt sein *Übergang zum Anarchismus*. Aus Anlage mehr Agitator und Organisator als Dogmatiker, eher geneigt, sich von bedeutenden Persönlichkeiten als von Theorien beeinflussen zu lassen, hatte der ursprüngliche Lassalleaner zunächst den Weg zur Eisenacherpartei gefunden, sich dann aber in Genf unter dem Einfluss der verschiedenartigen in dieser Stadt vertretenen Tendenzen zum Eklektiker entwickelt, was ihm ermöglichte, die ihm zugewiesene führende Rolle im Schweizerischen Arbeiterbund zu übernehmen. Es ist nicht undenkbar, dass er schon in Genf mit Bakunin zusammengetroffen ist; jedenfalls hat er in späteren Jahren auf seine flüchtige persönliche Bekanntschaft mit dem grossen russischen Revolutionär hingewiesen. Der bernische Anarchistenzirkel, dem sich Gutsmann nun anschloss, war in den siebziger Jahren ein Sammelbecken des internationalen Verschwörertums. Im «Sozialdemokratischen Verein», unter welchem Deckmantel sich die Berner Anarchisten, wie wenige Jahre später jene von Basel, versammelten, scheinen vor allem der Franzose Paul Brousse und der Deutsche Reinsdorff einen nachhaltigen Einfluss auf Gutsmann ausgeübt zu haben. Es war deshalb zu erwarten, dass Gutsmann bei seiner Übersiedlung nach Basel versuchen würde, den auf eindeutig sozialdemokratischem Boden stehenden Deutschen Arbeiterverein ins Fahrwasser des Anarchismus zu bringen.

Die Wirklichkeit gestaltete sich anders. Zwar nennt Karl Moor Gutsmann noch 1881 in einem Brief an J.Ph. Becker einen Anarchisten und Mostianer, doch dürfte

sich der auf solche Weise Qualifizierte zu jener Zeit schon zu einem überzeugten Sozialdemokraten entwickelt haben. In seinen damaligen Ansprachen kommen sowohl sein Radikalismus wie sein *Eklektizismus* zum Ausdruck, anarchistische Töne werden aber nicht hörbar.<sup>31)</sup> Der freisinnige «Volksfreund» wie die konservative «Allgemeine Schweizerzeitung», die regelmässig über Arbeiterveranstaltungen berichteten, hätten es sich zweifellos nicht nehmen lassen, Gutsmann als Anarchisten zu brandmarken, wenn er sich als solchen bekannt hätte. Als im März 1883 die organisierte Arbeiterschaft Basels mit dem Anarchismus abrechnete, stand Gutsmann jedenfalls auf der «offiziellen» sozialdemokratischen Seite.

Auch in den Kampfjahren des Sozialistengesetzes behielt der Deutsche Arbeiterverein seinen früheren Charakter als geselliger Bildungsverein teilweise bei. Träger dieser Tätigkeit waren vor allem die Nebenorganisationen: der seit 1861 bestehende Turnverein, der Gesangverein und die Sektion für Deklamation und Theater. Der Schwerpunkt des Vereinslebens hatte sich aber deutlich auf die Politik verlagert. Regelmässig erhielten die Angehörigen des Vereins und der Mitgliedschaft seit 1880 Gelegenheit, *die Grossen der deutschen Arbeiterbewegung in Vorträgen* persönlich kennen zu lernen. Da dies meist in öffentlichen Veranstaltungen geschah, gelangten auch die interessierten Schweizer Sozialdemokraten zu diesem Erlebnis. Unter anderen sprachen zwischen 1880 und 1883 Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, Max Kayser, Georg von Vollmar, Carl Frohme, Grillenberger und Eduard Bernstein zu den Basler Genossen. Daneben machte 1880 Johann Most den Baslern seine Aufwartung, und im März 1883 führte der Deutsche Arbeiterverein für den Grössten der Bewegung, den im Londoner Exil verschiedenen Karl Marx, eine Totenfeier durch.<sup>32)</sup>

Zwischen 1883 und 1885 kam es im Deutschen Arbeiterverein zu einer doppelten Krise. Finanzielle Kalamitäten im Zusammenhang mit der seit Jahren betriebenen Speiseassoziation führten zu Mitgliederschwund und Lähmung der politischen Tätigkeit, dies wiederum hatte Reibereien zwischen dem Verein und der Mitgliedschaft zur Folge.<sup>33)</sup> Durch Sparmassnahmen konnte das finanzielle Gleichgewicht 1885 wieder einigermassen hergestellt werden, was sofort ein Steigen der Mitgliederzahl zur Folge hatte. Im nächsten Jahr war auch das gute Verhältnis zur deutschen Mitgliedschaft wieder hergestellt. Mit der politisch organisierten deutschen Arbeiterschaft war zu rechnen, als man 1886 daran ging, die Basler Arbeiterbewegung neu aufzubauen.

#### *g) Der Grütliverein auf dem Weg vom Freisinn zur Sozialdemokratie (1875–1886)*

Der Schweizerische Grütliverein erlebte seit der Mitte der siebziger Jahre eine gewaltige Mitgliederzunahme, die vor allem auf den Zustrom von Arbeitern zurückzuführen war. In der Basler Sektion fiel die Mitgliederzahl dagegen von 150 im Jahre 1873 auf 128 im Jahre 1878 zurück. Während im Gesamtverein Ende der siebziger Jahre die Fabrikarbeiter fast einen Dritteln der Mitglieder stellten, machten sie in Basel nur rund einen Achtel aus; immer noch gaben die *handwerklichen* Arbeiter mit

drei Vierteln des Gesamtbestandes eindeutig den Ton an. In der überwiegenden Mehrzahl waren die Mitglieder immer noch *Niedergelassene*, über ein Drittel bekannte sich zur katholischen Konfession.<sup>34)</sup>

Erneut wurde das *Schwanken* der Basler Grütlianer zwischen dem *Freisinn* und der *Sozialdemokratie* offenbar, als Vereinspräsident Dettwyler an der Gründungsfeier vom 17. November 1877 die Stellung der Sektion grundsätzlich zu umreissen suchte.<sup>35)</sup> Der Grütliverein müsse die Führung der Arbeiterschaft, die er als Schicksalsgemeinschaft der Handwerker und Lohnarbeiter verstand, in politischer und sozialer Beziehung übernehmen; dies sei aber nur möglich, wenn er sich mit den linksbürgerlichen Intellektuellen verbinde. Diese Politik des «sowohl als auch» musste in der Praxis immer wieder zu *Inkonsequenzen* führen, im lokalen wie im nationalen Rahmen. Bezeichnend dafür ist, dass der Gesamtverein 1878 zwar das sozialdemokratische Programm des Schweizerischen Arbeiterbunds annahm, den Allianzvertrag mit diesem jedoch verwarf. Zur klaren Verwerfung der organisatorischen Verbindung mit dem Schweizerischen Arbeiterbund in der Basler Sektion trug vor allem das Votum des Schuhmachermeisters Johann Zink, eines Veteranen aus den fünfziger Jahren, bei, der unter anderm ausführte: «Der Grütliverein hat bisher seinen schweizerischen Volkscharakter rein bewahrt und sich von dem internationalen und sozialistisch-demokratischen Tun und Treiben ferngehalten; bewahren wir uns die dadurch im Schweizerhaus errungene Achtung treu, wie ein kostbares Kleinod... Es ist traurig, aber nur zu wahr, dass die Führer solcher sozialdemokratischer Arbeitervereine gar keine Arbeiter, sondern nur Schmarotzer, Faulenzer und Maulhelden sind, manchmal sogar noch heimliche Spione aus dem Lager der Volksfeinde und Reaktionäre...»<sup>36)</sup> Das traf nun allerdings für Basel keineswegs zu, beweist aber das tiefe Misstrauen der alten Grütlianergarde gegen den fortschrittlichen Kurs, wie er im Gesamtverein vor allem von Redaktor Bleuler vertreten wurde. Wie sehr die Basler Sektion noch den Traditionen ihrer Anfänge verhaftet war, obschon sie in den Jahren 1878/79 von Exponenten des linken Flügels präsiert wurde, erweist sich im patriotischen Charakter des Stiftungsfests von 1878: Szenen aus Schillers «Wilhem Tell» wurden von vaterländischen Liedern und Ansprachen der freisinnigen Obersten Frey und Falkner im Stile der St. Jakobfeier abgelöst.<sup>37)</sup>

Der sich zur richtigen Krise entwickelnde Konjunkturabschwung und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zwangen den Verein um die Wende zum neunten Jahrzehnt, sich wieder vermehrt mit praktischen Massnahmen der Arbeiterhilfe zu befassen. Die Auswanderungsfrage stand seit 1879 immer wieder auf der Traktandenliste, eine Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbund Basel oder einzelnen Arbeitervereinen wurde von Fall zu Fall befürwortet oder abgelehnt.<sup>38)</sup> Im ganzen blieb der Grütliverein aber auch in diesen Jahren, was er fast von Anfang an gewesen war: ein *Vortrupp des Linksfreisinns mit sozialreformerischem Einschlag*.

Das interne Vereinsleben weist in den frühen achtziger Jahren einen bedenklichen Tiefstand auf, obschon der Sektion eine Reihe bedeutender Mitglieder beitraten, so

der ehemalige Zentralpräsident Hermann Scherrer, Apotheker Huber, der freisinnige und nachmalige sozialdemokratische Grossrat Stadelmann und der spätere freisinnige Nationalrat Eduard Eckenstein.<sup>39)</sup> Es scheint, dass alle diese Neuaquisitionen am eigentlichen Vereinsleben keinen Anteil genommen haben, das mit seinen ewigen persönlichen Zänkereien, der chronischen Finanzmisere und dem administrativen *Kleinkram* wenig Anziehendes bot.

Der entscheidende Umschwung erfolgte, als im Frühjahr 1883 *Eugen Wullschleger* nach seiner Rückkehr von Bern als knapp Einundzwanzigjähriger von der Berner zur Basler Grütlisektion übertrat. Anderthalb Monate später zum Vereinsbuchhalter gewählt, ging er sogleich daran, die Sektionsfinanzen auf eine gesundere Grundlage zu stellen. Anschliessend galt es, dem schlechten Sitzungsbesuch zu begegnen. Eine Aussprache zeitigte als Hauptursache die weite Entfernung des in der Innerstadt gelegenen Lokals für die im äusseren Kleinbasel wohnenden Mitglieder. So entschloss man sich, aus der bisherigen einzigen *zwei Lokalsektionen*, Gross- und Kleinbasel, zu bilden, nachdem schon im Juli 1881 eine Sektion Riehen entstanden war. Die Trennung wurde auf den 1. Januar 1884 rechtskräftig.<sup>40)</sup>

Da nur für den Grütliverein Grossbasel ein Protokollbuch vorliegt, sind wir über die beiden Sektionen sehr ungleich informiert. Immerhin gibt ein Mitgliederverzeichnis der neugegründeten *Sektion Kleinbasel* einen Aufschluss über deren Zusammensetzung. Auffällig ist zunächst, dass das einheimische Element hier viel stärker vertreten ist als in der bisherigen Gesamtsektion. Die handwerklichen Arbeiter herrschen immer noch deutlich vor, doch machen die Fabrikarbeiter bereits 30 Prozent des Gesamtbestandes aus. Kleinmeister, kaufmännische Angestellte und untere Beamte lassen zusammen mit dem starken Anteil geborener Kleinbasler den sich bald offenbarenden *kleinbürgerlichen Geist* des Vereins erahnen. Als bedeutendste Köpfe treten der freisinnige Redaktor Fritz Brändlin und der gemässigte Sozialdemokrat Konrad Sturzenegger hervor.<sup>41)</sup>

In der *Sektion Grossbasel* wurde der blutjunge *Eugen Wullschleger* zum ersten Präsidenten gewählt. Ohne Verzug begann er, dem Vereinsleben klare Formen zu geben: *Der Neuorganisator der Basler Arbeiterbewegung kündigte sich an*. Im Februar 1884 legte er den beiden Sektionen ein Reglement vor, das ihr gegenseitiges Verhältnis festsetzte. Es sah gemeinsames Handeln bei öffentlichen Kundgebungen und bei Wahlen und Abstimmungen vor, jedoch so, dass die beiden Sektionen die Kandidaten in ihren Wahlbezirken selbst bestimmen konnten. Da in den letzten Jahren – ähnlich wie im Deutschen Arbeiterverein – ein Überwuchern der Zweigsektionen gegenüber dem Hauptverein zu vielfältigen Spannungen Anlass gegeben hatte, wurden im März über das gegenseitige Verhältnis eindeutige Grundsätze aufgestellt. Ein Vorstandsreglement brachte Ordnung in die Vereinsleitung, die Zweigsektionen erhielten neue, klarer gefasste Statuten. Ein Sitzungsreglement sollte zu rascherer Behandlung der administrativen Traktanden, zu besserem Besuch und zu einer geordneten Diskussion führen. Neue Vereinsstatuten nannten als Aufnahmebedingung das

zurückgelegte 18. Altersjahr und die schweizerische Nationalität. Ausländer konnten als Passivmitglieder aufgenommen werden, hatten aber blos in internen Vereinsangelegenheiten Stimmrecht. Der Monatsbeitrag wurde auf einen Franken angesetzt, reduzierte sich aber bei längerer Vereinsangehörigkeit. Ein Bibliotheks- und Lokalreglement, ein solches über die Beitragszahlung und über das vereinsinterne Unterrichtswesen ergänzten das erstaunliche Werk der Erziehung zur Vereinsdisziplin, das den Grütliverein Grossbasel auf Jahre hinaus zum *Vorbild aller politischen Arbeiterorganisationen in Basel* machen sollte.<sup>42)</sup>

Die für die Grütlianer unbegreifliche Haltung des offiziellen Freisinns bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1884 und die eben mit einem Misserfolg zu Ende gegangenen Versuche einer Neuorganisation der gesamten Basler Arbeiterschaft führten Wullschleger dazu, am 28. Februar 1885 die Gründung eines *baselstädtischen Grütliverbandes* vorzuschlagen.<sup>43)</sup> Den Grütlivereinen komme, so führte er aus, bei der Zerrissenheit sowohl des Freisinns wie der organisierten Arbeiterschaft die Aufgabe zu, eine verstärkte Tätigkeit bei Wahlen und Abstimmungen zu entfalten. Die Anregung fand den ungeeilten Beifall der Anwesenden, unter denen sich auch Angehörige der beiden andern Sektionen befanden. Eine vorbereitende Kommission arbeitete sehr rasch; bereits am 19. April konnte der Kantonalvorstand der Baselstädtischen Grütlivereine seine Tätigkeit aufnehmen. Auch hier führte Wullschleger den Vorsitz. Als Sekretär amtete Wilhelm Bärwart vom Grütliverein Riehen, neben Wullschleger und Wilhelm Arnold der dritte der «big three», die an der Wiege der neueren Basler Arbeiterbewegung stehen sollten. Der Kantonalvorstand entwickelte in der Folge eine ausserordentlich intensive Tätigkeit, löste sich aber auf Vorschlag Bärwarts im September 1886 wieder auf, da die Neuorganisation der Basler Arbeiterschaft indessen doch zustandegekommen war.<sup>44)</sup>

Nicht nur organisatorisch gab Wullschleger dem Basler Grütlivereinswesen einen neuen Aufschwung; unter seiner Führung nahm das innere Leben der Grossbasler Sektion wieder bedeutende Formen an. So setzte er im März 1884 die Asylrechtsfrage, das infolge der Anarchistenverfolgungen wohl aktuellste Problem der damaligen Arbeiterschaft, auf die Traktandenliste und bewies kurz darauf seine erstaunliche Beschlagenheit in wirtschaftlichen und politischen Fragen anlässlich der Diskussion über die vier eidgenössischen Vorlagen, die am 11. Mai 1884 zur Abstimmung kommen sollten. Im Oktober entwickelte Wullschleger seine grundsätzliche Auffassung von der politischen Aufgabe des Grütlivereins und dessen Stellung zu den Parteien. Im ersten Halbjahr 1885 befassten sich die beiden baselstädtischen Grütlisektionen in gemeinsamen Diskussionsabenden mit der Frage der gewerblichen Schiedsgerichte und der Krankheits-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Erneut erwies sich Wullschleger als hervorragender Kenner der Materie – einer Materie, die er zwei Jahrzehnte später als Regierungsrat und Vorsteher des Departements des Innern in meisterhafter Weise zu bewältigen verstand. Bedeutungsvoll war, dass zu diesen Besprechungen auch Vertreter von Gewerkschaften eingeladen wurden. Im Sommer griff

Wullschleger noch einmal die Asylrechtsfrage auf und setzte die Publikation einer Resolution gegen die Anarchistenverfolgungen in den dem Verein nahestehenden Blättern durch. Er glaubte, im Kreuzzug gegen die Anarchisten einen Versuch gewisser Kreise zu erblicken, die Arbeiterschaft als Ganzes zu verdächtigen.<sup>45)</sup>

Obschon *Wullschleger* noch keiner eigentlichen Parteisektion angehörte, stand er Ende 1885 – wie er an der Sitzung vom 21. November selbst bekannte – bereits fest *auf dem Boden der Sozialdemokratie*. Wohl versuchten die Führer des Freisinns, den Grütliverein bei der Stange zu behalten, indem sie bei der Fahnenweihe der Kleinbasler Sektion und beim Novemberfest des Grütlivereins Grossbasel das nationale und freisinnige Gedankengut betonten.<sup>46)</sup> Wullschleger durfte aber auf die Zustimmung des Grossteils der Mitglieder rechnen, wenn er seinerseits die konkreten sozialen Nöte der Arbeiterschaft in den Vordergrund stellte und energische Schritte zu deren Beseitigung forderte.

Als im Frühjahr 1886 die Frage der Neuorganisation der Basler Arbeiterschaft erneut akut wurde, stand der Grütliverein nicht mehr – wie 1873 bei der Gründung der Arbeiter-Union Basel – abseits: Sein unbestrittener Führer stellte sich an die Spitze der *Vereinheitlichungsbewegung*.

#### *h) Radikalisierung und Zerfall des Ersten Arbeiterbunds Basel (1875–1884)*

Im Herbst 1876 gehörten dem Arbeiterbund Basel nach dem Eingehen der Gewerkschaftsgenossenschaft der Bandweber und der Fusion des IAV mit dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein nur noch fünf Sektionen an, die etwa 400 Mitglieder umfassen mochten.<sup>47)</sup> Zahlenmäßig gaben die drei grössten Organisationen, die Fabrik- und Handarbeitergewerkschaft, die Schreinergewerkschaft und der Deutsche Arbeiterverein, den Ausschlag, die grösste Aktivität entfalteten aber die führenden Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, vor allem Martin Schweizer als Präsident des Zentralkomitees und Johann Martin Senn. Während der Schreinergeselle Schweizer vornehmlich die gewerkschaftlichen Belange betreute, versuchte Senn, der sich durch die Verpachtung seiner Packträgeranstalt mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen wusste, den Arbeiterbund für seine persönlichen politischen Ambitionen einzuspannen. In diesen Zusammenhang gehört die Gründung eines kurzlebigen Wochenblatts, doch wird davon an anderer Stelle die Rede sein. Jedenfalls wurde die Wirksamkeit der Organisation erneut durch persönliche *Spannungen* und solche zwischen den Mitgliedvereinen eingeschränkt. Darunter litt nicht nur die nun ins Endstadium eintretende Agitation für das eidgenössische Fabrikgesetz; auch die vom Schweizerischen Arbeiterbund der Basler Lokalorganisation überbundene Aufgabe, ein Projekt für eine landespolitische Organisation auszuarbeiten, konnte erst nach grossen Schwierigkeiten zu Ende geführt werden. Der im wesentlichen wohl von Schweizer stammende Statutenentwurf fand am Neuenburger Kongress vom Mai 1877 keine Gnade.<sup>48)</sup> Mit der Annahme der *Fabrikgesetzvorlage* im Oktober 1877 er-

reichte der Arbeiterbund Basel wie die gesamtschweizerische Organisation seinen bedeutendsten Erfolg, so sehr das schliessliche Ergebnis hinter den Hoffnungen der Arbeiterschaft zurückbleiben mochte.

In den nächsten Jahren beschränkte sich die Tätigkeit des Arbeiterbunds im wesentlichen auf die Durchführung von Versammlungen zu aktuellen sozialpolitischen Fragen, von Märzfeiern und Waldfesten und auf gelegentliche Beteiligung bei Wahlen, wobei nach dem Wegzug Schweizers der sich erneut in Basel aufhaltende Seubert als Hauptagitator in Erscheinung trat. Da in Basel das eidgenössische Fabrikgesetz im ganzen korrekt gehandhabt wurde – nicht zuletzt, weil die Unternehmerschaft durch das kantonale Gesetz von 1869 dazu erzogen worden war –, herrschte zu Ende der siebziger Jahre einigermassen *sozialer Friede* und wurde der gewerkschaftlichen Agitation teilweise die Grundlage entzogen. Bemerkenswert ist immerhin ein schüchterner Versuch des Arbeiterbunds, dem von der Arbeitgeberschaft gegen die Organisierten geführten Kampf mit Gegenmassnahmen zu antworten: Der Wirt des als Arbeiterherberge dienenden «Roten Ochsen» wurde verpflichtet, in einem geschlossenen Schrank ein vom Zentralausschuss geführtes «Schwarzes Buch» aufzubewahren, in dem jene Meister verzeichnet waren, die sich Übergriffe auf Mitglieder des Basler Arbeiterbundes hatten zuschulden kommen lassen.<sup>49)</sup>

Die sich rapid verschlechternde Beschäftigungslage in der Industrie und die dadurch hervorgerufene Erbitterung in der Arbeiterschaft boten dem Arbeiterbund in den frühen achtziger Jahren verbesserte Agitationsmöglichkeiten. Mit der Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung scheint auch die lokale Kartellorganisation grössere Ausmasse angenommen zu haben. Alphons Thun nennt 13 «mehr oder weniger sozialdemokratische Vereine», die dem Zentralausschuss des Arbeiterbunds Basel unterstellt waren: die Gewerkschaften der Schuhmacher, Schmiede und Wagner, Schneider, Spengler und Bäcker, eine gemischte Gewerkschaft, den wohl von Seubert gegründeten Zigarrenarbeiterverein Birsfelden, die Krankenkassen der Schuhmacher, Schneider, Schmiede und Wagner, den Allgemeinen und den Deutschen Arbeiterverein und den Arbeitermännerchor.<sup>50)</sup> Die Mitgliederzahl der Gesamtorganisation ist nicht mehr festzustellen; sie dürfte aber das halbe Tausend nicht überschritten haben.

Bereits 1880 ist im Arbeiterbund Basel eine *Radikalisierung* unter der Führerschaft festzustellen. Als Präsident des Zentralausschusses amtete der Posamentier Blind<sup>51)</sup>, dessen Liebäugeln mit dem Anarchismus uns bereits bekannt ist. An der Märzfeier schlug Bruno Gutsmann wenn auch nicht anarchistische, so doch kämpferische Töne an und von der kleinen Anarchistengruppe wurde erstmals Mosts «Freiheit» ausgeteilt.<sup>52)</sup> Solche Vorkommnisse und das Mittragen der roten Fahne bei Demonstrationsumzügen oder das Anschlagen von roten Einladungsplakaten riefen im Bürgertum beträchtliche Nervosität hervor, umso mehr als man die Ereignisse von 1868/69 nicht vergessen hatte. Es war vor allem die konservative Allgemeine Schweizerzeitung, die der Besorgnis der besitzenden Schichten Ausdruck gab.<sup>53)</sup> Dass sich

unter diesen Umständen der Grütliverein weiterhin beharrlich weigerte, an den Märzfeiern und Waldfesten des Arbeiterbunds teilzunehmen, kann wenig verwundern.

In den folgenden Jahren wurde die *Auseinandersetzung mit dem Anarchismus* zur Hauptaufgabe des Arbeiterbunds. Den Auftakt bildete eine Protestversammlung der organisierten Arbeiterschaft in der Bierhalle Thoma vom 10. Dezember 1881. Sie nahm Stellung zu einem politisch belanglosen Strafgerichtsurteil und warf diesem Klassenjustizcharakter vor. Sowohl der Hauptreferent Blind wie auch einige Diskussionsvotanten führten gegen die herrschende «Plutokratie» eine Sprache, die man seit den stürmischen Dezembertagen des Jahres 1868 in Basel nicht mehr gewohnt war. Die Versammlung endete im völligen Chaos. Dies alles wäre wohl von den Behörden hingenommen worden, wenn nicht von deutschen Anarchisten im Versammlungslokal Exemplare der Most'schen «Freiheit» mit einem «Justizstrolche» betitelten Artikel verteilt worden wären. Dieser bezog sich zwar auf die Verurteilung Mosts durch ein englisches Gericht, wurde aber durch die Agitatoren mit dem Basler Urteil in Parallele gesetzt. Der Hauptschuldige, der Badenser Arnold, konnte nach London entkommen und wurde in contumaciam verurteilt; sein weniger stark belasteter Genosse, der Österreicher Franz Zehetner, wurde wegen Anstiftung zu Urkundenfälschung und Beschimpfung der Behörden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und anschliessend aus dem Kanton verwiesen. Da Arnold einer dem Arbeiterbund Basel angeschlossenen Organisation angehört hatte und auch der Grütliverein für einmal durch seinen Präsidenten Ramseier leitend an der Thomaschen Volksversammlung beteiligt gewesen war, wurde in breiten Kreisen die Tätigkeit der gesamten organisierten Arbeiterschaft mit den trüben Machenschaften der winzigen Mostianergruppe gleichgesetzt. So wurde die Auseinandersetzung mit dem Anarchismus auch innerhalb der Arbeiterschaft unausweichlich.<sup>54)</sup>

Für diese Aufgabe war die grosse *sozialdemokratische Mehrheit* im Arbeiterbund in einer ungleich besseren Lage als die *Anarchistengruppe*, die sich erst zu organisieren begann. Während diese auf die ungebildeten, dem revolutionären Pathos der «Freiheit» erlegenen einfachen Arbeiter Blind und Pfau angewiesen war, standen jener in den «Intellektuellen» und geschulten Marxisten Seubert und Moor zwei überlegene Ideologen und Redner zur Verfügung. Der Kampf wurde durch das ganze Jahr 1882 an den verschiedensten Fronten geführt, wobei es sich Seubert nicht nehmen liess, von Winterthur immer wieder nach Basel zu kommen und hier aufklärend zu wirken. Obschon die Mostianer sich von Anfang an in völliger Isolierung befanden, gaben sie den Kampf nicht auf. Zogen sie jeweils in den Rededuellen den kürzeren, so durften sie doch hoffen, dass die aufwiegelnde Sprache der «Freiheit» bei der breiten Masse der immer grösserer Not ausgesetzten Fabrikarbeiterschaft ihre Wirkung tun würde.<sup>55)</sup> Die endgültige Abrechnung erfolgte im März 1883. Nachdem im von Karl Moor präsidierten Zentralausschuss des Arbeiterbunds von gewerkschaftlicher Seite der Antrag auf Ausschluss von Blind und Pfau (Vater und Sohn) gestellt worden

war, wurden die drei Ruhestörer mit dem Stimmenverhältnis 5:2 aus allen Sektionen der organisierten Arbeiterschaft Basels ausgestossen.<sup>56)</sup>

Wer geglaubt hatte, damit würde die anarchistische Tätigkeit in Basel ein Ende finden, rechnete nicht mit der Überzeugungstreue und dem Fanatismus der Ausgeschlossenen. Konnte man sie von den Sitzungen der Arbeitervereine fernhalten, so war dies bei öffentlichen Versammlungen und bei Arbeiterfesten ein Ding der Unmöglichkeit. Als Pfau Vater anlässlich des traditionellen Arbeiter-Waldfests am 3. August 1884 in den Langen Erlen erneut die «Freiheit» und weitere anarchistische Schriften verteilte, schlug die Polizei zu.

Schon im März hatte sie den offenbar als Spitzel tätigen, auf der Polizeidirektion als Bürolist angestellten Lippe mit der Untersuchung der anarchistischen Umtriebe in Basel betraut.<sup>57)</sup> Aus seinen und weiteren Berichten, darunter jenen eines deutschen Polizeispitzels, die sich allerdings zum Teil widersprechen und mit Vorsicht zu benützen sind, geht hervor, dass in Basel in den Jahren 1883/84 ein aus einem Dutzend Personen bestehender Anarchistenkreis bestand, dessen Mitglieder sich aus verschiedenen Arbeiterorganisationen – wohl Gewerkschaften – rekrutierten. Als Präsidenten nennt Lippe einen Württemberger Schreinergesellen namens Ludwig Bouc. Alle Informanten bezeichnen aber einmütig den im Imbergässchen wohnenden Werkführer Johann Pfau als eigentliche Seele des Zirkels. Die nach dem Fest in den Langen Erlen durchgeführte Hausdurchsuchung förderte nicht nur anarchistisches Agitationsmaterial zutage, das Pfau und sein Sohn in Basel verteilen und nach Deutschland weiterleiten sollten, sondern bewies auch, dass der sogleich in Untersuchungshaft Genommene mit Bern und Genf, den Zentren des schweizerischen Anarchismus, in enger Beziehung stand. Vor allem aber konnte ihm nachgewiesen werden, dass er mehrmals polizeilich verfolgte Anarchisten bei sich beherbergt hatte. Die Hälfte der zwölf wurde im September 1884 *aus der Schweiz ausgewiesen*, Vater Pfau – mit seinem Sohn und einem Zürcher namens Kreis der einzige Schweizer des Zirkels – wurde auf die Dauer von zehn Jahren die Niederlassungsbewilligung für Basel entzogen.<sup>58)</sup> Rekurse Pfaus an den Bundesrat und an das Bundesgericht blieben erfolglos.<sup>59)</sup> Es bedurfte aber der Veröffentlichung des von Moor als hervorragend bezeichneten Berichts über den Anarchismus in der Schweiz, erstattet vom eidgenössischen Generalanwalt Müller, um die in Basel zirkulierenden Gerüchte von einer hundertköpfigen Anarchistengruppe in der Rheinstadt zum Verstummen zu bringen.

Die Auseinandersetzung mit dem Anarchismus war die letzte Leistung des Ersten Basler Arbeiterbunds. 1883 hatte ihm der Deutsche Arbeiterverein erneut den Rücken gekehrt. 1884 gelang es dem Grütliverein unter Wullschlegers Leitung, die Führung unter der schweizerischen Arbeiterschaft an sich zu reissen. Die deutsche und die schweizerische Mitgliedschaft sahen ihr Heil mehr in enger Zusammenarbeit als in der Zugehörigkeit zu einem lokalen Dachverband, der ihren Anliegen doch nicht genügend Rechnung tragen konnte. Spätestens nach den verunglückten Nationalratswahlen vom Herbst 1884 muss sich der *Arbeiterbund Basel aufgelöst* haben.<sup>60)</sup>

Der Arbeiterbund Basel hat – unter Einschluss seines Vorgängers, der Arbeiter-Union – ein gutes Jahrzehnt Bestand gehabt. Er ist kaum je aus dem Zustand einer latenten Krise herausgekommen und hat sein Hauptziel – die Vereinigung der gesamten organisierten Arbeiterschaft Basels – nie auch nur annähernd erreicht. Schuld daran war vor allem das Abseitsstehen des Grütlivereins, im Gegensatz zu manchen andern Kantonen, wo dieser einen wesentlichen Bestandteil der Arbeiter-Unionen oder ähnlicher Organisationen bildete. Aber auch die Typographia, die bestausgebauten Gewerkschaft Basels, hielt sich der Arbeiterföderation fern, wohl in der Überzeugung, dass ihre Bestrebungen vom Landesverband weit besser unterstützt werden könnten als von einer kantonalen beziehungsweise lokalen Kartellorganisation. Die Hauptschwäche des Basler Arbeiterbunds war von Anfang an der *Mangel an Homogenität*. Es war auf die Dauer unmöglich, gewerkschaftliche und politische Interessen auf einen Nenner zu bringen und die nationalen Spannungen zu überbrücken. Auch fehlte es der Basler Arbeiterschaft an einem überragenden Führer. Seubert, der dazu vielleicht das Format besessen hätte, war als Deutscher für den ausgesprochen national gesinnten Teil der einheimischen Arbeiterschaft untragbar und zudem nur während kurzen Perioden in Basel ansässig. Moor kam zu einem Zeitpunkt nach Basel, da der Arbeiterbund bereits vom Bazillus des Anarchismus infiziert war und gerade genug damit zu tun hatte, mit den dadurch entstandenen inneren Spannungen fertig zu werden. Ein weiterer Grund für die Schwäche der Basler Arbeiterbewegung in den anderthalb Jahrzehnten zwischen dem Zusammenbruch der internationalen Bewegung und dem Neubeginn unter der Aera Wullschleger lag in der Besonderheit des Basler Parteiensystems. Diesem Problem müssen wir uns nun zuwenden.

### i) *Das Wahlverhalten der organisierten Arbeiterschaft Basels (1875–1885)*

Die neue, der Initiative des Freisinns entsprungene und vom Volk am 5. Mai 1875 angenommene kantonale Verfassung vereinfachte das Wahlrecht und liess die noch geltenden Einschränkungen wegfallen. Den schweizerischen Niedergelassenen aber garantierte der neue Artikel 43 der Bundesverfassung das Stimm- und Wahlrecht in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten schon nach drei Monaten. Da die Freisinnigen, bisher durch die Einschränkungen des Wahlrechts stärker betroffen als die Konservativen, jetzt über die Mehrheit der Stimmberechtigten verfügten, war in den nächsten Jahren mit freisinnigen Wahlsiegen auch auf kantonaler Ebene zu rechnen. Am Tage nach der Volksabstimmung über die neue Verfassung wurde festgelegt, dass der neue Grosse Rat am 30. Mai, also ein Jahr vor dem ursprünglich vorgesehnen Ablauf der Amts dauer des alten, zu wählen sei.

Wie bei den letzten Erneuerungswahlen boten die Freisinnigen auch diesmal der organisierten Arbeiterschaft, deren Wahlunterstützung sie brauchten, ein Mitbestimmungsrecht beim Aufstellen der Kandidatenliste an. Bei den Vorbesprechungen wiesen die eingeladenen Arbeitervertreter, ohne diese Behauptung zahlenmäßig bele-

gen zu können, darauf hin, dass die Arbeiterschaft annähernd die Hälfte der Wähler stelle und folglich eine entsprechende Vertretung im Grossen Rat fordern dürfte. Nach einem längeren Seilziehen erklärten sie sich aber schliesslich mit der Portierung von 15 «Arbeiterkandidaten» einverstanden, von denen allerdings die wenigsten wirkliche Arbeiter und Vertreter der organisierten Arbeiterschaft waren.

Die drei Wahlgänge ergaben zum erstenmal eine freisinnige Mehrheit im Grossen Rat; sie wäre ohne die Arbeiterstimmen kaum zustande gekommen. Von den Arbeiterkandidaten blieben alle bis auf zwei auf der Strecke; die beiden Gewählten, ein Wirt und ein Posamenter, waren aber eher Vertrauensleute des Linksfreisinns als der organisierten *Arbeiterschaft*. Da auch Frey, seit Jahren ohne namhafte Gefolgschaft unter der klassenbewussten Arbeiterschaft, nicht mehr gewählt wurde, war diese *im kantonalen Parlament überhaupt nicht mehr vertreten*. Vor allem in den Kreisen des Arbeiterbunds herrschte über diesen Ausgang der Wahlen grosse Erbitterung, suchte man die Ursachen des Misserfolgs doch ausschliesslich bei den Machenschaften des Freisinns. Der Volksfreund war um Gegenargumente nicht verlegen. Er wies darauf hin, dass die Arbeiter selbst den Urnen grossenteils ferngeblieben seien – die Wahlbeteiligung betrug knapp 55% – und dass sie beim zweiten Wahlgang in Kleinbasel eine eigene Liste aufgestellt und damit die freisinnigen Kandidaten beeinträchtigt hätten.<sup>61)</sup> Sowohl die einen wie die andern Vorwürfe waren weitgehend berechtigt, trafen aber die Hauptursache für die Niederlage der Arbeiterkandidaten nicht. Diese lag in einer Eigenheit des politischen Verhaltens in Basel. Obschon das Ratsherrenregiment vorbei und Basel eine repräsentative Demokratie geworden war, wählten die Wahlberechtigten vor allem Persönlichkeiten; soziale Herkunft und Parteifarbe wurden erst in zweiter Linie berücksichtigt. Dies musste sich grundsätzlich gegen die Kandidaten aus dem Arbeiterstand richten, doppelt, wenn diese so unbekannt oder unbedeutend waren wie die diesmal vorgeschlagenen. In der Tagwacht aber schrieb Martin Schweizer beschwörend: «Wann wird vor allem der Grütliverein, der von den Liberalen auch nur zum besten gehalten wird, endgültig den Schritt zur Arbeiterschaft wagen? Befreit euch von der Vormundschaft der Vereinigten Liberalen! Die Sozialdemokratische Partei muss kommen!»

Eine andere Ansicht wurde zwei Monate später in derselben Zeitung vertreten. Wie Bruhin in den Jahren 1869/70 schlug der Korrespondent die Bildung einer *Demokratischen Partei* vor, in der sich die organisierte Arbeiterschaft mit den sozial aufgeschlossenen Linksfreisinnigen zusammenfinden sollte. Entsprechende Anträge waren von Arbeitervertretern offenbar dem freisinnigen Führer Klein schon vor den letzten Grossratswahlen unterbreitet worden.<sup>62)</sup> Was aber für den Führer der damaligen Grossratsopposition gegolten hatte, hatte für den grossen Sieger des Jahres 1875 doppelt Geltung: Er bedurfte der Unterstützung aller freisinnigen Kreise, um die Pläne durchzuführen, die er seit Jahren im Volksfreund und in den politischen Gremien vertreten hatte. Er musste weiterhin versuchen, die Arbeiter bei der Stange, das heisst beim Freisinn zu halten; die Schaffung der postulierten Demokratischen Partei

hätte ihm aber die Unterstützung durch die gemässigten freisinnigen Elemente entzogen.

Dies scheint man schliesslich auch in der organisierten Arbeiterschaft begriffen zu haben. Die Führer zogen daraus die Konsequenz, dass die Demokratische Partei ohne den Linksfreisinn aufzubauen, also ausschliesslich in der Arbeiterschaft zu verankern sei. Praktisch hiess dies, dass der in langsamem Aufschwung befindliche Arbeiterbund Basel und der Grütliverein, die sich im Kampf um das Fabrikgesetz näher gekommen waren, sich mindestens wahlpolitisch zusammenschliessen mussten. Die Demokratische Partei kam aber auch bei den Nationalratswahlen im Herbst dieses politisch so bewegten Jahres nicht zustande. Der 1869 so eindeutig unterlegene Senn glaubte – in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse –, sich noch einmal eine Chance errechnen zu können, und liess durch Freunde erneut seine Kandidatur aufstellen. Die Verwirrung in Arbeiterkreisen war gross. Schliesslich gab der Arbeiterbund die Enthaltungssparole heraus, während der Grütliverein für die beiden freisinnigen Kandidaten eintrat. Diese wurden – mit enttäuschenden Stimmzahlen – gewählt; Senn machte 28 Stimmen. Die schlechte Stimmabstimmung dürfte weitgehend durch die Abstention der organisierten Arbeiterschaft zustandegekommen sein. Klein hat dieser die Haltung im Herbst 1875 lange nicht vergessen.<sup>63)</sup>

Obschon 1876 keine Wahlen stattfanden, kam die 1875 geplante Demokratische Partei nun doch zustande, wenn auch in einer sehr merkwürdigen Form. Im Sozialdemokratischen Verein machte man sich die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft gegenüber dem in Regierung und Parlament führenden Freisinn zunutze, um zusammen mit dem Arbeiterbund eine demokratische Opposition ins Leben zu rufen. Treibende Kraft war einmal mehr *J.M. Senn*, der mit dem Freisinn und dessen Führer alte Rechnungen zu begleichen hatte. Bereits im April wurde in einer Vereinssitzung die Gründung eines selbständigen Organs der Arbeiterbewegung erwogen. Im Juni erschienen drei Probenummern; vom 2. Juli bis zum 10. Oktober wurde das Blatt als Wochenzeitung unter dem Titel «*Vorwärts, Organ der schweizerischen Demokratie*» regelmässig herausgegeben. Da davon nur noch eine einzige Nummer, die letzte, vorhanden ist, hält es schwer, seinen Inhalt zu kennzeichnen und die Kreise genau zu bestimmen, die dahinter standen. Den Druck besorgte eine zeitlang die Genossenschaftsdruckerei, als Herausgeber zeichnete eine Gesellschaft «*Vorwärts*», der nacheinander Senn, Schweizer und Baumann vorgestanden zu haben scheinen. Die Redaktion muss durchgehend Senn besorgt haben. Wie die Finanzierung erfolgte, ist unklar. Selbsttragend war das Blatt auf keinen Fall. Man wird kaum fehlgehen, in Senn nicht nur den Herausgeber und Redaktor, sondern auch den Geldgeber des *Vorwärts* zu vermuten. Gemessen an der einzigen erhaltenen Nummer und an der Reaktion der Tageszeitungen muss es sich um ein übles, im Vokabular von Marats «*Ami du peuple*» gehaltenes *Hetzblatt* gehandelt haben, in dem Senn vor allem seinen Hass gegen Klein und die freisinnigen «*Plutokraten*» verströmen liess. Von einer sozialistischen Tendenz, wie die Tagwacht ankündigte, konnte keine Rede sein, wie

ja Senn überhaupt alles Verständnis für ideologische Fragen abging. Er scheint sich darauf beschränkt zu haben, die freisinnigen Führer persönlich zu diffamieren. Dies trug ihm schon bald einen Prozess wegen Ehrbeleidigung ein. Nach seiner Darstellung hätte der freisinnige Vorsteher des Polizeidepartements, Nationalrat Burckhardt, von Anfang an den öffentlichen Verkauf des Blattes untersagt. Schliesslich erfolgte Anzeige wegen ungenauer Angabe des verantwortlichen Herausgebers und Redaktors; da nicht Remedur geschaffen wurde, musste das Blatt um den 10. Oktober sein Erscheinen einstellen. Senn teilte dieses Urteil der Leserschaft mit der Bemerkung mit, es handle sich um ein Manöver des freisinnigen Regiments gegen das unbequeme Oppositionsblatt, das zu schonungslos die Mängel des Regimes aufgedeckt habe.<sup>64)</sup> Im Gegensatz zum ebenfalls kurzlebigen internationalen «Arbeiter» der Jahre 1868/69 hat der «Vorwärts» die Basler Politik kaum zu beeinflussen vermocht. Der organisierten Arbeiterschaft dürfte Senn einen schlechten Dienst erwiesen haben, war doch das Sensationsblatt kaum geeignet, deren Anliegen und zukünftigen Grossratskandidaten im Freisinn neue Freunde zu verschaffen.

In peinlicher Weise offenbarten sich die Gegensätze innerhalb der organisierten Arbeiterschaft erneut bei den Grossratsersatzwahlen vom April 1877. Ein letztes Mal versuchte Senn, mit Hilfe des Arbeiterbundes und des im Vorjahr von ihm neugegründeten Vereins der Niedergelassenen, doch noch zu einer parlamentarischen Karriere zu gelangen, stiess aber nicht nur auf den Widerstand des Grütlivereins, sondern auch auf Gegenaktionen unter seiner vermeintlichen Gefolgschaft. Senn erhielt 14 Stimmen, «beinahe so viel als bei den Nationalratswahlen von 1869 und bei den Wahlen von 1870 und 1875», wie der Volksfreund boshafte kommentierte. Im Frühsommer wurde der «*catilinarische Politiker*», wie ihn ein Einsender im Volksfreund bezeichnete, endlich aus dem Arbeiterbund *ausgeschlossen*.<sup>65)</sup>

Unter günstigen Aspekten für die Arbeiterschaft wurden die Erneuerungswahlen für den Grossen Rat im Frühjahr 1878 vorbereitet: Nach der Ausschaltung Senns erklärte der Grütliverein seine Bereitschaft, zusammen mit der nationalpolitischen Gruppe des Arbeiterbunds in den Wahlkampf einzutreten. Erstmals wurde von der ad hoc gebildeten Arbeiterpartei auch für die Grossratswahlen das Plattformsystem in Aussicht genommen, doch scheiterte ein Zusammenspannen mit dem Freisinn an der Forderung des Proportionalwahlrechts. So entschloss sich das Arbeiter-Wahlkomitee, selbständig vorzugehen. In einem mit «Wahlvorschläge der Arbeiterpartei» betitelten Inserat portierte es in den einzelnen Quartieren je zwei bis vier Kandidaten, z.T. bewährte, der Arbeiterschaft freundlich gesinnte Linksfreisinnige, z.T. eigentliche Arbeiter, doch konnte kaum einer unter ihnen – vielleicht mit Ausnahme des Schreiners Ringli – als überzeugter Sozialist gelten. Hatten die Freisinnigen das Wahlkomitee vor der erneuten Portierung von Arbeiterkandidaten gewarnt, so war es für Basel erst recht ungeschickt, einen exklusiven Wahlvorschlag zu machen; ausgesprochene Parteilisten galten geradezu als unanständig. Das Wahlergebnis war denn auch entsprechend: Es wurde kein einziger eigentlicher Arbeiter gewählt, der

auf der Liste der Arbeiterpartei gestanden hatte. Folgenschwer war aber, dass die Abspaltung der Arbeiterschaft dazu beitrug, den Freisinnigen eine Niederlage zu bereiten und die Konservativen noch einmal an die Macht zu bringen. Nach einer etwas allzu einfachen Analyse der gemeinsamen Niederlage des Freisinns und der organisierten Arbeiterschaft stellte der Basler Korrespondent der Tagwacht fest, die Wahlen liessen den Wunsch nach der Gründung einer gesamtschweizerischen Sozialdemokratischen Partei immer stärker werden.<sup>66)</sup>

Bei den Nationalratswahlen vom Oktober 1878 trat die Arbeiterschaft nach den schlimmen Erfahrungen des vergangenen Frühlings nicht mehr selbstständig auf. Der Grütliverein unterstützte nach alter Tradition die freisinnigen Kandidaten, der Arbeiterbund hielt sich den Wahlen fern, zumal kurz vorher J.M. Senn gestorben war, nachdem er sich im Frühling erfolglos ein letztes Mal hatte in die Agitation für die Grossratswahlen einschalten wollen.<sup>67)</sup>

Die *Grossratswahlen von 1881* brachten nach dem dreijährigen konservativen Zwischenspiel dem Freisinn einen überwältigenden Sieg und die absolute Mehrheit im Rat. Eugen Wullschleger in seiner Wahlchronik und Paul Burckhardt in seiner Stadtgeschichte nennen unter den Ursachen dieses Ergebnisses, das *eine über zwei Jahrzehnte dauernde freisinnige Vorherrschaft in Basel* einleitete, die konsequente Unterstützung der freisinnigen Kandidaten durch die Arbeiterschaft. Dies ist nach den heute vorliegenden Quellen nur beschränkt richtig. Wenn die konservative «Allgemeine Schweizer Zeitung» am 30. März schrieb, es hätten sich in Arbeiterkreisen kritische Stimmen gegen die Zusammenarbeit mit dem Freisinn erhoben, so war dabei sicher der Wunsch der Vater des Gedankens. Tatsächlich beschloss der Sozialdemokratische Verein aber in der Sitzung vom 9. April, von einer Wahlbeteiligung abzusehen, was bei der führenden Stellung einiger seiner Mitglieder im Arbeiterbund auch dessen Haltung präjudizieren musste. Dennoch muss der freisinnige Sieg mit starker Unterstützung der Arbeiterschaft zustandegekommen sein, worauf schon die später nie mehr erreichte Wahlbeteiligung von über 78% hinweist. Die relativ kleine Gruppe der Sozialdemokraten, die sich der Stimme enthielten, fiel im ganzen nicht ins Gewicht; die Grütlianer hielten stramm zum Freisinn, und die wahlfähigen Mitglieder des Arbeiterbunds scheinen sich grösstenteils über die Devise der Stimmabstaltung hinweggesetzt zu haben. Den Entscheid dürfen aber diesmal die nicht-organisierten Arbeiter gegeben haben, die ihre unbefriedigende soziale Lage dem bisherigen konservativen Regime in die Schuhe schoben.<sup>68)</sup>

Bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1881 griffen die zwei sozialdemokratischen Vereine und der Arbeiterbund, die mit ihren internen Gegensätzen wahlpolitisch immobilisiert waren, nicht ein, während der Grütliverein einmal mehr für den Freisinn einstand, mit seinem Kampfkandidaten Brenner aber unterlag.<sup>69)</sup>

1882 nahmen Vertreter des Grütlivereins an der konstituierenden Sitzung der Basler Sektion des Schweizerischen Vereins für Wahlreform teil, die den Proporz anstrebte.<sup>70)</sup> Die sich hier erstmals abzeichnende Allianz von Konservativen und

Arbeiterpolitikern im Zeichen des Kampfes um das Proportionalwahlrecht sollte noch eine Zukunft haben.

Das Jahr 1884, das *Erneuerungswahlen in den Grossen Rat und Nationalratswahlen* brachte, stand einerseits im Zeichen der Auflösung des Arbeiterbunds, andererseits war es durch eine Aktivierung des Grütlivereins unter der Führung Eugen Wullschlegers charakterisiert.

Eine Spezialkommission des Grütlivereins stellte zuhanden des freisinnigen Wahlausschusses erneut ein *Plattformprogramm* auf und verlangte die Aufnahme von vier namentlich aufgeführten Kandidaten in die Wahlliste. Die freisinnigen Führer, ihrer Mehrheit im Grossen Rat als Wahlbehörde sicher und deshalb der vorgeschlagenen Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte und Richter wenig geneigt, lehnten die sachlichen Forderungen mit der Vertröstung auf später ab, waren dagegen – mit einer Ausnahme – mit den vorgeschlagenen Kandidaten einverstanden. Wullschleger, der trotz seiner Jugend die Politik als Kunst des Möglichen verstand und wusste, dass seinen Forderungen die Zukunft gehörte, machte das Plattform-Programm nicht zur *conditio sine qua non* und wirkte für die volle Unterstützung der freisinnigen Kandidaten. Die Arbeiter dürften denn auch entscheidend zum grössten freisinnigen Wahlsieg in der Basler Politik beigetragen haben.<sup>71)</sup>

Bei den Nationalratswahlen versuchte der Grütliverein den Zentrum-Mann Rudolf Geigy-Merian zu sprengen, indem er ihm im Malzfabrikanten Eduard Eckenstein, der sich zu jener Zeit als Vertrauensmann der Arbeiterschaft gab, einen Konkurrenten entgegenstellte und im übrigen die bisherigen freisinnigen Vertreter unterstützte. Das Unternehmen misslang.<sup>72)</sup> In der Arbeiterstimme kommentierte ein Basler Korrespondent die Wahlen mit dem Satz: «Bevor nicht ein Arbeiterkandidat aufgestellt wird, wird es auch keine eigentliche kompakte Arbeiterpartei geben.»<sup>73)</sup> Es sollte noch sechs Jahre dauern, bis die Bedingung erfüllt wurde.

Unter dem frischen Eindruck der Arbeitseinstellung im «Blauen Haus» und in einer Atmosphäre der Radikalisierung auch unter der freisinnigen Arbeiterschaft fanden die Grossrats-Ersatzwahlen im April 1885 statt. Wullschleger benützte das Erwachen der Arbeiterschaft aus langem Schlaf, um zusammen mit verschiedenen Arbeitervereinen, worunter der mächtig angewachsene Posamenterverein, in Kleinbasel eine «urchige» *Arbeiterliste* aufzustellen. Freisinnigen Einwänden, Arbeiterkandidaturen hätten bisher noch immer Schiffbruch erlitten, konnte entgegengehalten werden, dass diesmal mit Karl Moor (der allerdings verzichtete), Eugen Wullschleger, Cölestin Stadelmann und Konrad Sturzenegger profilierte Kandidaten zur Verfügung ständen. Da sich zudem erstmals auch die konservative «Allgemeine Schweizer Zeitung» und die dem Zentrum nahestehende «Schweizerische Grenzpost», beziehungsweise deren Lokalredaktor Karl Moor, um die Sympathien der Arbeiter bemühten, fiel dem Freisinn nicht mehr das Monopol der Arbeiterfreundlichkeit zu, so dass er die zum Teil unter der Bezeichnung «freisinnig» angepriesenen Wahlvorschläge, welche die unter der Führung der Grütlianer stehenden Arbeitervereine gemacht hatten,

nolens volens akzeptieren musste. Die Wahlen ergaben dann allerdings einen durchschlagenden Erfolg der Konservativen. Sämtliche Arbeiterkandidaten blieben – wenn auch mit achtbaren Stimmenzahlen – auf der Strecke. Wullschleger schrieb das Fiasko der Wahlabstention des besser situierten Teils des Freisinns und der nicht-organisierten Arbeiterschaft zu; gestimmt hätten fast geschlossen die organisierten Arbeiter. Scharf lehnte er den von Freisinnigen erhobenen Vorwurf ab, ein paar ehrgeizige Arbeiterführer hätten gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiterschaft diese «Extratour» durchgesetzt. Die Arbeiterkandidaten seien in einer 120 Mann starken Wählerversammlung aufgestellt worden; die freisinnigen Kandidaten würden dagegen, wie er aus eigener Erfahrung bestätigen könne, en petit comité von 20–30 Wahlmachern aufgestellt.<sup>74)</sup>

Gruner hält fest, dass die Massstäbe, nach denen eine Arbeiterorganisation in der Schweiz in den siebziger Jahren als Partei betrachtet werden kann, nicht eindeutig seien. Weder der Beiname sozialdemokatisch noch ein bestimmtes Organisationsprinzip seien charakteristisch für den Parteicharakter; entscheidend dafür sei, ob sich Arbeitervereinigungen an Wahlen und Abstimmungen beteiligen.

Nach diesem Kriterium bestand in Basel im Zeitraum zwischen 1868 und 1885 eine *Arbeiterpartei*. Sie trat aber nicht bei jeder Wahl in Erscheinung und wechselte immer wieder Namen und Zusammensetzung. Zu Beginn der hier ins Auge gefassten Periode war sie identisch mit dem Internationalen Arbeiter-Verein, in gewissen Jahren mit dem Grütliverein; am häufigsten trat sie als ad hoc-Bündnis zwischen dem Arbeiterbund und dem Grütliverein in Erscheinung. Der Name Sozialdemokratische Partei wurde zwar gelegentlich intern, nicht aber bei der Wahlagitation verwendet; in Wahlinsseraten tritt am häufigsten der Name Arbeiterpartei auf.

Die *zahlenmässige Stärke* dieser jeweiligen «Arbeiterparteien» lässt sich kaum mehr feststellen. Sie dürfte zwischen 100 – wenn der Grütliverein allein in den Wahlkampf eintrat – und 500 bis 1000 Wahlfähigen im günstigsten Fall gezählt haben. Da die Arbeiterorganisationen über wenig Mittel verfügten und keine eigene Zeitung besaßen, beschränkte sich die Wahlreklame jeweils auf wenige Inserate in den parteigenössischen schweizerischen Blättern und im linksfreisinnigen «Volksfreund». Nur ganz ausnahmsweise wurden Wahlplakate angeschlagen; dagegen wurde meist für die Kandidaten in Volksversammlungen geworben.

Da in Basel der unter dem Einfluss Wilhelm Kleins weit links stehende Freisinn – bis 1875 und zwischen 1878 und 1881 als Oppositionspartei, zwischen 1875 und 1878 und nach 1881 als Regierungspartei – dieselben politischen Ziele verfolgte wie die Arbeiterschaft, nämlich einen *demokratischen Ausbau des Staatswesens* auf kantonaler und eidgenössischer Ebene, schloss sich die Arbeiterschaft im wesentlichen den sich damals noch meist «Vereinigte Liberale» nennenden Freisinnigen an, genauer deren «*demokratischem* linken Flügel um Klein, Göttisheim, Bachofen und Konsorten. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass 1875 das konservative Ratsherrenregiment durch jenes des Freisinns abgelöst wurde. Innerhalb dieser Gesamtrendenz lassen

sich zwei Spielarten des Wahlverhaltens unterscheiden. Wenn eine relativ starke eigentliche Arbeiterorganisation vorhanden war, wie zur Zeit der internationalen Bewegung, der besten Jahre des Arbeiterbunds und des Neuaufbaus der lokalen Grütlivereine, versuchten die Arbeiter-Wahlkomitees, weitgehend selbstständig vorzugehen, d.h. die Freisinnigen zu bewegen, ausgesprochene Vertrauensleute der organisierten Arbeiterschaft auf die Wahllisten zu nehmen. Fehlte eine solche Organisation oder steckte sie in der in Basel fast chronischen Krise, so überliess man die Wahlbeteiligung dem Grütliverein, der dann meistens bedingungslos den Freisinn unterstützte. Die Aufstellung von aussichtsreichen *Arbeiterkandidaten* stiess auf eine dreifache Schwierigkeit. Einmal waren die meisten Arbeiter der Wählerschaft fast unbekannt und oft auch wenig für eine Tätigkeit im Grossen Rat oder gar im Nationalrat geeignet. Zweitens wagten gerade die Tüchtigsten nicht, auf einer Wahlliste aufgeführt zu werden, da sie sonst mit Entlassung durch ihren Arbeitgeber zu rechnen hatten. Schliesslich war die grosse Masse der unorganisierten Arbeiterschaft, immer noch vornehmlich in der Seidenbandindustrie beschäftigt, ungebildet und folglich auch politisch interesselos. Da sie zudem – wenn überhaupt – die nichtsozialistische Tagespresse las, war sie nur schwer für die Wahl von Arbeiterkandidaten zu mobilisieren. Die organisierte Arbeiterschaft hat in der hier besprochenen Periode *ein einziges Mal einen ausgesprochenen Vertrauensmann* in das kantonale Parlament zu bringen vermocht. Es bedurfte der Klassenkampfstimmung des Winters 1868 und einer von der Wählerschaft wenig beachteten Ersatzwahl, um *J.H. Frey* den Eintritt in den Grossen Rat zu ermöglichen. Verhältnismässig günstig schnitten die Arbeiter 1885 ab; erneut konnten sie aus der erregten Stimmung bei der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiterschaft Nutzen ziehen. Ungünstig wirkte es sich für die Arbeiterpartei aus, dass ihr während anderthalb Jahrzehnten *keine profilierte Führerpersönlichkeit* zur Verfügung stand und dass ihre Aussichten immer wieder durch den intriganten Ehrgeizling *J.M. Senn* kompromittiert wurden. Bei der Zusammenarbeit mit dem Freisinn wurde mehrmals das *Plattformsystem* angewendet, oft aber in einer derart zugespitzten Form, dass ein Erfolg zum voraus in Frage gestellt war. Die extremste Form der Verselbständigung, die Gründung einer proletarischen Klassenkampfpartei, ist in Basel erst in einem späteren Zeitpunkt verwirklicht worden.

Ein weiterer Umstand trug zur relativen Bedeutungslosigkeit der Basler Arbeiterpartei bei: *das baslerische Parteiensystem*. Bis 1875 besassen die Konservativen, von 1881 an die Freisinnigen eine unbedingte Mehrheitsposition. Wären die beiden Richtungen einander ebenbürtig gewesen, so hätte die Arbeiterpartei das Zünglein an der Waage spielen können. Voraussetzung dazu wäre allerdings eine *grössere Homogenität* gewesen, und gerade dies fehlte in Basel. Sie herzustellen, musste die vordringliche Aufgabe der Arbeiterpolitiker sein. Es galt, die Gegensätze zwischen Deutschen und Schweizern auszugleichen und den immer noch vorwiegend handwerklichen Grütliverein mit den eigentlichen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterverei-

nen zu verbinden. Der Mann, der dazu imstande war, stand 1885 bereits zur Verfügung; er hiess Eugen Wullsleger.

### *k) Das Verhalten der organisierten Arbeiterschaft Basels bei eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen (1875–1885)*

Bis in die Mitte der siebziger Jahre wurden die Basler nur selten zu Abstimmungen an die Urne gerufen, war doch das obligatorische Verfassungsreferendum die einzige Form der Volksbefragung in Bund und Kanton. Das änderte sich, als 1874 mit der neuen Bundesverfassung das fakultative Referendum für Gesetze und Bundesbeschlüsse eingeführt wurde, und erst recht, als die neue Kantonsverfassung von 1875 fakultatives Gesetzesreferendum und Gesetzesinitiative brachte. Es konnte nun vorkommen, dass der Bürger – wie 1884 – an Grossrats- und Nationalratswahlen, an vier eidgenössischen und einer kantonalen Abstimmung teilzunehmen hatte. Wie hat sich die organisierte Arbeiterschaft in diesen Abstimmungen verhalten?

Auffällig ist zunächst, dass das *Interesse für eidgenössische Fragen* jenes für kantonale Probleme deutlich *überwog*. Das mag damit zusammenhängen, dass im Jahrzehnt zwischen 1875 und 1885 die Mehrzahl der kantonalen Abstimmungsprojekte unpolitischen Charakter aufwiesen und vor allem Baufragen betrafen. Wichtiger war wohl, dass ein grosser Teil der stimmfähigen Arbeiterschaft aus erst kurz in Basel ansässigen und mit den örtlichen Verhältnissen noch wenig vertrauten Niedergelassenen bestand; gerade in der organisierten Arbeiterschaft war das nichteinheimische Element besonders stark vertreten.

Das weitaus grösste Interesse fand bei der Basler Arbeiterschaft begreiflicherweise das Projekt zum ersten *eidgenössischen Fabrikgesetz* aufgrund des Artikels 34 der neuen Bundesverfassung von 1874. Der Arbeiterbund Basel nahm dazu schon in der allerersten Vorbereitungsphase Stellung, umso mehr als das Gesetz ja auch auf ausländische Arbeiter Anwendung finden musste. Auch einzelne Arbeitervereine und eine von Grossrat Frey einberufene Versammlung von mehrheitlich nichtorganisierten Arbeitern liessen dem schweizerischen Handelsdepartement ihre Wünsche zukommen, darunter die Forderung des 10-Stunden-Normalarbeitstages.<sup>75)</sup> Von Anfang an machte sich allerdings ein Mangel an Koordination bemerkbar.<sup>76)</sup> Im Frühjahr 1876 protestierte der Arbeiterbund bei den eidgenössischen Behörden schriftlich wegen der angeblichen Verschleppung des Gesetzes.<sup>77)</sup> Vor der Abstimmung entfalteten der Arbeiterbund und der Grütliverein eine intensive Agitationstätigkeit mit Demonstrationsumzug und Volksversammlungen, energisch unterstützt von Klein, der sich von dieser Hilfe eine erneute Annäherung der organisierten Arbeiterschaft an den Freisinn erhoffte.<sup>78)</sup> Obschon die nichtorganisierte Arbeiterschaft, zum Teil noch unter dem Einfluss der Arbeitgeber, sogar in dieser sie so unmittelbar angehenden Frage der Urne weitgehend fernblieb, wurde das Gesetz in Basel bei einer

Stimmbeteiligung von 61,5% mit fast Zweidrittelsmehrheit angenommen (in der Schweiz knapp mit 51,5% und 14 annehmenden Ständen). Die Arbeiter hatten ihm nur halben Herzens zugestimmt, hatten sie doch ihr wichtigstes Anliegen – den Zehnstudentag – nicht durchsetzen können. Da das Gesetz aber doch wesentliche Fortschritte gegenüber dem status quo ante brachte, lässt sich eine eigentliche Opposition dagegen in der Arbeiterschaft nicht nachweisen.

Die übrigen Abstimmungen sollen – in chronologischer Reihenfolge – nur kurz gestreift werden.

Die eidgenössische Doppelvorlage über Zivilstand und Ehe und über das politische Stimmrecht der Schweizerbürger kam knapp eine Woche nach dem Basler Kongress des Schweizerischen Arbeiterbundes und kurz vor den ersten Grossratswahlen aufgrund der neuen kantonalen Verfassung zur Abstimmung. Sie wurde von den beiden Ereignissen deutlich überschattet. Obschon vor allem das Stimmrechtsgesetz nicht alle Hoffnungen der niedergelassenen Arbeiter erfüllte, wurde vom Arbeiterbund und vom Grütliverein die Ja-Parole ausgegeben.<sup>79)</sup> Während die beiden Gesetze sich auf Bundesebene nicht durchzusetzen vermochten, wurden sie in Basel deutlich angenommen.

Über das eidgenössische Banknotengesetz liess der Arbeiterbund am 17. April 1876 in der Burgvogtei den als Fachmann bekannten Nationalrat Joos aus Schaffhausen referieren. Seine Rückweisungsparole scheint bei der Zuhörerschaft Anklang gefunden zu haben.<sup>80)</sup> Das Gesetz wurde am 23. April im Bund deutlich verworfen, in Basel bei schwacher Stimmbeteiligung mit mehr als Zweidrittelsmehrheit angenommen. Die Basler Arbeiterschaft scheint vor allem zum schwachen Urnengang beigebrachten zu haben.

Gleichzeitig mit dem Banknotengesetz wurde in der erwähnten Burgvogteiversammlung auch der am 9. Juli 1876 zur Abstimmung gelangende erste Entwurf zu einem Gesetz über die Militärpflichtersatz-Steuer besprochen; J.M. Senn hielt das Hauptreferat. Der Arbeiterbund hatte ursprünglich gegen die Vorlage wegen ihrer finanziellen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft Stellung genommen, befürchtete nun aber, dass ein zweiter Entwurf – im Falle der Ablehnung des von den Konservativen bekämpften ersten – für die Arbeiterschaft noch ungünstiger ausfallen könnte. Zudem fand man es in Kreisen der organisierten Arbeiterschaft peinlich, sich plötzlich in die Gesellschaft der Konservativen manövriert zu sehen. Als offizielle Parole wurde deshalb Enthaltung ausgegeben.<sup>81)</sup> Das Gesetz wurde auf Bundesebene verworfen, in Basel bei mässiger Stimmbeteiligung knapp angenommen.

Die Abstimmung über die zweiten Entwürfe zum Militärpflichtersatz und zum Stimmrecht der Schweizerbürger erfolgte gleichzeitig mit jener über das Fabrikgesetz. Sie stand für die Arbeiterschaft völlig in deren Schatten. Für alle drei Abstimmungen wurde vom Arbeiterbund und vom Grütliverein die Ja-Parole ausgegeben.<sup>82)</sup> Den beiden zweiten Entwürfen wurde in der Eidgenossenschaft dasselbe Schicksal zuteil wie den ersten; in Basel wurden sie angenommen.

Über die Haltung der organisierten Arbeiterschaft zur Subvention der Alpenbahnen sind wir nur schlecht orientiert. Am 5. Januar 1879 warteten einige hundert vom Arbeiterbund eingeladene Arbeiter vergeblich auf den Referenten; Tagwacht-Redaktor Greulich hatte in Zürich den Zug verpasst!<sup>83)</sup> Das Projekt fand wenig Opposition: Es wurde im Bund mit über 70%, in Basel mit über 90% Jastimmen angenommen.

Gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe kämpfte der Grütliverein zusammen mit dem Demokratischen Verein, während der wieder einmal in einer Krise steckende Arbeiterbund sich notgedrungenen passiv verhielt.<sup>84)</sup> Die Vorlage wurde am 19. Mai 1879 im Bund knapp angenommen, in Basel mit Dreifünftelmehrheit verworfen, womit für einmal der sonst zustimmungsfreudige Kanton zu der Opposition überging.

Hohe Wellen vermochte in der organisierten Arbeiterschaft die Frage des *Banknotenmonopols* zu werfen. Das Banknotenmonopolverbot der neuen Bundesverfassung war den ostschweizerischen Demokraten, vor allem Nationalrat Joos, ein Dorn im Auge. Unter Anteilnahme des Schweizerischen Arbeiterbunds sammelten sie Unterschriften, um das Banknotenmonopol in der Bundesverfassung zu verankern. Schon im September 1879 sprach Joos in einer gemeinsam vom Arbeiterbund und vom Grütliverein einberufenen Volksversammlung in Basel über sein Lieblingsprojekt. Der im Sommer 1880 einsetzende Abstimmungskampf führte zu einem kurzen, aber heftigen Konflikt zwischen der «Tagwacht» und dem «Volksfreund», beziehungsweise zwischen Greulich und Klein. Das Arbeiterblatt warf dem linksfreisinnigen Organ, dessen Verdienste es im übrigen gelten liess, wegen seiner Gegnerschaft zum Projekt Abhängigkeit von den Bankherren vor. In einer vom Arbeiterbund einberufenen Volksversammlung trat Joos erneut für sein und Curtis Projekt ein, während der ebenfalls herbeigerufene Greulich feststellte, dass ein Zusammengehen mit dem Basler Linksfreisinn auf die Dauer nicht mehr möglich sei, da die Arbeiterschaft von diesem in wirtschaftlichen Fragen immer im Stich gelassen werde. Eine Woche vor der Abstimmung führte der Arbeiterbund, erstmals bei einer solchen Gelegenheit, eine öffentliche kontradiktoriale Versammlung durch.<sup>85)</sup> Am 31. Oktober 1880 wurde die Vorlage in Basel und in der Eidgenossenschaft deutlich verworfen. Die Arbeiterschaft war ohne freisinnige Unterstützung nicht in der Lage, ihren Wünschen Geltung zu verschaffen. Erstmals bei einer Abstimmung hatte der Grütliverein eine andere Stellung eingenommen als der Linksfreisinn. Beim Novemberfest feierten Grütlianer und «Demokraten» Aussöhnung: Man wusste auf beiden Seiten, wie sehr man auch in Zukunft auf einander angewiesen war.<sup>86)</sup>

Die im Juli 1882 zur Abstimmung gelangenden «technischen» Gesetze – Erfindungsschutz und Epidemiengesetz – fanden wegen ihres unpolitischen Charakters bei der organisierten Arbeiterschaft so gut wie keinen Widerhall.

Bei der sogenannten «*Schulvogt*»-Abstimmung leistete die sozialdemokratische Mitgliedschaft dem Freisinn aufgrund der gemeinsamen zentralistischen Kulturkon-

zeption bedeutende Sekundantendienste. Karl Moor, der bei dieser Gelegenheit erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, benützte die Anwesenheit zahlreicher Lehrer bei einer von seinem Verein einberufenen Volksversammlung vom August 1882, um vor der grösstenteils nichtsozialdemokratischen Zuhörerschaft die Ziele der Sozialdemokratie zu erläutern und nachzuweisen, dass es in kulturpolitischen Fragen keinen Gegensatz zwischen Freisinn und organisierter Arbeiterschaft gebe.<sup>87)</sup> Das Gesetz wurde am 26. November 1882 in der Eidgenossenschaft deutlich verworfen, in Basel bei grosser Stimmabstimmung knapp angenommen.

Bei den Abstimmungen der Jahre 1884/85 konnte der in Auflösung begriffene Arbeiterbund nicht mehr eingreifen, wie er schon in den vorangehenden Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt hatte. Die Arbeiterpolitik wurde nun im wesentlichen von den Grütlivereinen und deren Dachverband, de facto von Eugen Wullschleger, gemacht.

Bei der gegen die geistlichen Lehrkräfte der katholischen Schule gerichteten kantonalen Abstimmung vom 24. Februar 1884 (Ausschluss von Mitgliedern religiöser Genossenschaften von der Lehrtätigkeit) solidarisierte sich der Grütliverein gemäss seinem *laizistischen Staatsschul-Credo* vollständig mit dem Freisinn;<sup>88)</sup> die Vorlage wurde denn auch mit starkem Mehr angenommen.

Bei der vier eidgenössische Vorlagen zusammenfassenden Abstimmung vom 11. Mai 1884 gab Wullschleger, nach ausführlicher Argumentation, erneut die Ja-Parole aus.<sup>89)</sup> Alle vier wurden im Bund verworfen, in Basel dagegen angenommen. Schon hier zeigte sich, dass Wullschleger willens war, von sachlichen Gesichtspunkten aus an Abstimmungsvorlagen heranzutreten und sowohl persönliche wie Prestigegründe zurücktreten zu lassen.

Die letzte Abstimmung des hier erfassten Zeitraums betraf die Bundesregelung der Alkoholfrage. Wieder einmal gelang es, die Grütlianer und Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bringen. Wullschleger warf der Vorlage unsozialen Charakter vor; praktisch führe sie weniger zur Bekämpfung der Trunksucht als zur Einführung einer vornehmlich die unteren Volksschichten belastenden Steuer.<sup>90)</sup> Die Vorlage wurde in Bund und Kanton im Herbst 1885 angenommen. Wullschleger kommentierte den Misserfolg seiner Anstrengungen mit dem Hinweis, die nichtorganisierten Arbeiter seien wieder einmal nicht an die Urnen zu bringen gewesen.<sup>91)</sup>

## 2. Kapitel: Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen, 1886–1900<sup>1)</sup>

Auch in den letzten anderthalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hielt die *Binnenwanderung* an: vom Dorf in die Stadt, von der Landwirtschaft in die Fabrik und ins Büro. Nach dem verlangsamten Wachstum in den achtziger Jahren (1,74% pro Jahr)